

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Bilder: Demonstration vor dem SPD-Parteitag. Quelle: www.verdi.de

- ➔ **SPD-Parteitag: Innovation als rettende Idee hilft der SPD nicht weiter** 3 ➔
- ➔ **Auflösung des KADEK, Gründung des Volkskongresses Kurdistans** 8 ➔
- ➔ **Kommunalwahlen 2004: Was sich zusammenfindet und was nicht** 12 ➔
- ➔ **Reformen statt Kahlschlag** 15 ➔
- ➔ **Die feinen Unterschiede: Kunst als Waffe im Klassenkampf** 19 ➔



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

SOZIALHILFESTATISTIK. Gerade eben hat das Statistische Bundesamt ausführliche Daten zur Sozialhilfe vorgelegt; die Broschüre mit den wesentlichen Daten kann übers Internet (www.destatis.de) bezogen werden. Der wesentliche Zweck dieser Datenrepräsentation ist die Abstützung der Regierungsmaßnahmen gegen arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Ausführliche Daten sollen belegen, wie viele Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter tatsächlich erwerbsfähig seien: Bei Männer 73%, bei Frauen, bei denen Kinder der Hauptgrund für Sozialhilfebezug sind, immerhin noch 49%. Daneben interessierten das Statistische Bundesamt die Verweildauer in der Sozialhilfe je nach Alter und Geschlecht; auch hier dienen die Zahlen zur Untermauerung von Maßnahmen des „Forderns“, d.h. der beschleunigten Arbeitsaufnahme. Andere Gebiete der Sozialhilfe, Altersarmut z.B. werden durch die Art der Darstellung in den Hintergrund gedrängt. So heißt es in dem Presstext, der auch von den Redaktionen brav weiterverbreitet wurde: Während 1963 noch 28 Prozent aller Sozialhilfebezieher älter als 65 Jahre waren, sind es heute nur noch 7%. Hört sich gut an, aber: Man muss schon etwas nachblättern und rechnen, um dahinter zu kommen, dass sich am Anteil älterer Armer gar nichts geändert hat. Mitte der 60er Jahre waren rund 10,4 Millionen Menschen in der Bundesrepublik älter als 65 Jahre. Die absolute Zahl der über 65jährigen Sozialhilfeempfänger betrug rund 140 000 Personen (nämlich jene 28% von insgesamt rund 500.000 Sozialhilfeempfängern). Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an den Menschen über 65 Jahren betrug damals also rund 1,3 Promille. 2001 waren rund 14,1 Millionen älter als 65 Jahre. Sozialhilfeempfänger darunter waren 190 000 (nämlich 7% von 2,7 Millionen Sozialhilfebeziehern insgesamt); der Anteil an allen älteren Menschen ist damit unverändert bei 1,3 Promille geblieben. So wird mit Zahlen Politik gemacht. Die Altersarmut, die bei einem nicht sehr hohen, aber gleichbleibenden Prozentsatz der Bevölkerung existiert, erscheint durch die Art der Darstellung als verschwindendes Problem.

STRAFEN ZU NIEDRIG. LKW-Unternehmer können durch Verstöße gegen geltende Vorschriften wie Lenk- und Ruhezeiten oder Geschwindigkeitsbeschränkungen bis zu 17 Prozent ihrer Kosten sparen. Im Durchschnitt haben LKW dadurch einen Vorteil von 6 Cent pro Fahrzeugkilometer. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Prognos AG. Die Allianz pro Schiene forderte daraufhin eine drastische Erhöhung der Bußgelder für LKW, die gegen Lenk- und Ruhezeiten oder Geschwindigkeitsvorschriften verstoßen. „Zur Zeit lohnt es sich für LKW-Unternehmer, gegen die Gesetze zu verstoßen.

Für fairen Wettbewerb und für mehr Sicherheit im Straßenverkehr muss die Politik die Bußgelder so hoch ansetzen, dass die Unrechtsgewinne abgeschöpft werden“, sagte Norbert Hansen, der Vorsitzende des Schienenbündnisses. Die Prognos AG hat die Nicht-Einhaltung von Sozial- und Sicherheitsvorschriften im Güterverkehr untersucht. Das Ergebnis der Studie: Ein LKW-Unternehmer kann durch Gesetzesverstöße bis zu 17 Prozent seiner Kosten sparen. Unter Berücksichtigung der nachgewiesenen Verstoßhäufigkeit werden so im Durchschnitt fünf bis acht Prozent Kosteneinsparungen realisiert. Stefan Rommerskirchen, der Leiter der Studie, erläuterte: „Nicht die Kontrollpraxis auf der Straße ist der Engpass, sondern den Sanktionen fehlt der ökonomische Anreiz.“ Die Bußgelder in Deutschland lägen bei durchschnittlich 140 Euro pro Bescheid. Die illegalen Kosteneinsparungen können nach den Berechnungen von Prognos über 60.000 Euro pro Transportauftrag im Jahr betragen. (ngo-online.de)

KEIN VOLKSENTSCHEID. Keine Zustimmung fand am 5.11. eine FDP-Initiative, die künftige europäische Verfassung in der Bundesrepublik Deutschland durch einen Volksentscheid zu verabschieden und dafür das Grundgesetz entsprechend zu ergänzen. Nur die Liberalen und die beiden PDS-Abgeordneten stimmten dafür. Die SPD sprach von einem jener „Show-Anträge, die durch die Manege gejagt werden“. Es sei besser, auf einen Gesetzentwurf zu warten, der die repräsentative Verfassung um behutsame Elemente direkter Demokratie ergänzen wolle. Eine solche Vorlage werde in Kürze von der Koalition eingebracht. Die CDU/CSU nannte das parlamentarische Verfahren dem plebiszitären gegenüber deutlich überlegen. B 90/Die Grünen erklärten, sie machten keinen Hehl aus der Frage, dass sie am liebsten eine europäische Verfassung europaweit abstimmen lassen würden. Am FDP-Entwurf gebe es ein Problem: Nicht der Bundestag solle die Initiative ergreifen, sondern vielmehr die Bürger. Mit einer solchen Bewegung „von unten“ könne ein Stück weit die „Entpolitisierung“ des Landes überwunden werden. Die FDP nannte es wichtig, die Bürger nach Europa mitzunehmen, es ein Stück weit transparenter zu machen. Insofern sei ihr Antrag „nicht populistisch, sondern populär“. Es gebe das Gebot der größeren Transparenz in der Europadiskussion. Petra Pau meinte für die PDS: Damit wurde eine große Chance verbaut, auch in Deutschland mehr Demokratie zu wagen. SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen verrieten ihre eigenen Wahlversprechen und bildeten statt dessen mit der CDU/CSU eine Allianz der Verhinderer. Der künftigen EU wurde damit ein Bären dienst erwiesen, der Demokratie ohnehin.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Innovation als rettende Idee hilft der SPD nicht weiter

Der Einfall, der die SPD retten soll, ist schlicht und ein Wort: Innovation. Nahezu fast fünfzig Mal ist davon im Leitantrag, der dem SPD-Parteitag vorlag, die Rede. Innovation meint im modernen Sprachgebrauch Erneuerung, Neuerung, namentlich durch Anwendung neuer Techniken. Wer wie die SPD dieses Mittel preist, sagt zwischen den Zeilen auch etwas über seine Diagnose. Wenn Innovationen herausführen soll, wird die Krise als eine Schumpetersche Krise gesehen. Zu dieser Krise ist es dann gekommen, weil die große Masse der Wirtschaftssubjekte den Geschäftsideen, die einige herausragende Gestalten erschlossen haben, herdenmäßig nachgelaufen ist, so dass letztlich eine Fehlallokation von Gütern eintrat. Gesellschaftliche Kräfte, Kapital und Arbeit, sitzen in der Produktion von Veraltetem fest. Zweierlei geschieht. Das Veraltende lässt sich immer schwerer absetzen. Produktivkräfte werden stillgelegt. Vieles geht kaputt. Aber dies ist auch die Stunde des Unternehmers. Die brachliegenden Produktionsmittel ballen sich vor seinem inneren Auge zu neuen Kombinationen, Innovationen eben. Der SPD-Leitantrag ist als eine Liste solcher neuer Kombinationen angelegt. Beim Unternehmer kommt es darauf an, ob die Gesellschaft, vertreten durch das Bankwesen, ihm Kredit gibt. Bei einer Partei geht es mehr um die dem Anschein nach viel leichter zu habende Glaubwürdigkeit. Hier tun sich dann auch die Probleme auf. Bereits die Parteitagsdelegierten glauben nicht so recht an die neuen Projekte.



Die Kehrseite der Innovation

Die neuen Ansätze, Projekte usw. lassen die alten ver-alten. Das ist der Gang der Wirtschaft. Wenn ein Kapital durch neue Produktionstechniken unter den bisherigen Kosten produzieren kann (oder ein billigeres Produkt auftut, das eine bisherige Nachfrage billiger befriedigt), sinkt tendenziell der Durchschnittsprofit der Branche, während das innovative Kapi-

tal so lange einen Extraprofit macht, wie die neue Sache nicht überall durch ist. Was sieht die Theorie für das veraltende Kapital vor? Wenn es den Umstieg nicht schafft, schlicht und einfach den Untergang. Der Untergang des Veralteten ist geradezu die Voraussetzung dafür, dass die produktiven Potenzen zum Gebrauch in neuen Kombinationen oder eben Innovationen freigesetzt und damit verfügbar sind. Die Übertragung dieser Theorie, die im engen Bereich des Geschäftlichen empirisch was für sich hat, auf den ganzen gesellschaftlichen Prozess ist außerordentlich problematisch. Denn was ist mit den Leuten, deren Berufsgeschick, ja sogar deren ganze Daseinsweise in diesem Prozess mit veraltet? Mit dieser Frage hat man das Problem angeschnitten, das die SPD mit ihrer Basis hat. Denn die Basis der SPD besteht nun einmal aus Wählerinnen und Wählern, die ihren Lebensweg als abhängig Beschäftigte in der großen Industrie bzw. in den staatlichen Großorganisationen machen. Diese Großorganisationen verlangen eine außerordentlich hohe Spezialisierung. Sie entschädigen die Arbeitskräfte, die sich darauf einlassen, überdurchschnittlich gut. Fallen solch spezialisierte Bereiche Innovationen zum Opfer, werden die speziellen Fertigkeiten und Kenntnisse entwertet. Die Avantgarde der Technik wird zum sozialen Ballast. Das ist die Kehrseite des Innovationsgeschehens. Das ist gegenwärtig für Millionen Lohnabhängige die aktuelle und für noch viel mehr eine drohende Perspektive. Wenn die SPD nun, wie sie es tut, auf Innovationen setzt, sagt sie zu all diesen Leuten und ihren Problemen einfach nichts. Die SPD setzt auf die Gewinner. Diese Gewinner können aber notwendig nur wenige sein. Kaum ist die Neuheit durch, setzt der Prozess der Veraltung ein. So kann die SPD nur ins Rutschen kommen, zumal sie beim Kampf um die Zustimmung der Innovationsgewinner noch mit der FDP und den Bündnisgrünen und bis zu einem gewissen Grade auch mit der Union konkurriert.

Schumpeters Krisentheorie feiert bald den hundertsten Geburtstag. Wenn Krisen so sind, wieso hat dann die SPD diese Probleme nicht schon lange erkannt? Ein möglicher Grund dafür könnte darin liegen, dass die Innovationsbewegungen, die auf diesem Wege ausgelöst wurden, ihre destruktive Wirkung im Bereich der Landwirtschaft, des Kleinhandels und manchen Handwerken entfaltet hatten, während die Industriebeschäftigung wuchs. Davon kann in den letzten Jahr-

zehnten immer weniger die Rede sein. Der Prozess der Innovation und Veraltung spielt sich jetzt innerhalb der Industrie und der großen Verwaltungseinrichtungen selbst ab und wird nicht mehr durch industrielles Wachstum abgefangen. Ein anderer Grund ist durch Ausmaß und Geschwindigkeit der Innovationszyklen gegeben. Sind eher kleine Bereiche der gesellschaftlichen Arbeitsteilung betroffen und ist der Zyklus der Innovation langsam, besteht die Möglichkeit, den Prozess der Veraltung im Generationswechsel zu verstecken. Die Frühverrentung war so das Mittel zur Begleitung des Niedergangs des Steinkohlebergbaus. Die Innovation wird dann als gesellschaftliches Schicksal erfahren und nicht als individuelles gesellschaftliches Sterben bereits vor Eintritt des natürlichen Todes.

Ein anderer Ausweg bestünde noch in einem Wachstum der Wirtschaft, das durch Auslandsnachfrage stimuliert wird und die Probleme nach anderswohin exportiert. Auf diesen Weg spekuliert die SPD-Wirtschaftsförderungspolitik.

Wenn die Leute diese „Chance“ aus menschenrechtlichen Gründen ablehnen, oder auch wenn sie nicht daran glauben, dass so was in der globalisierten Wirtschaft überhaupt geht, ja selbst wenn sie annehmen, dass die Volkswirtschaft der BRD dafür sowieso nicht leistungsfähig genug sei, dann kann diese Politik nicht zur Aufhellung ihrer Perspektive beitragen.

Alternativen

Die SPD versucht jetzt eine Politik, die dem Innovationsgeschehen freien Weg bahnt. Dazu gäbe es keine Alternative. Ist das wirklich wahr? Ist wirklich eine Situation eingetreten, in der die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung unvermeidlich wird, so dass nur noch ein Spitzenplatz Deutschlands in der Weltwirtschaft dafür sorgen kann, dass das hier produzierte Elend wenigstens nicht hier ankommt.?

Die Analyse der wirtschaftlichen Lage, die von der Notwendigkeit von Innovationen ausgeht und diese absolut setzt, übersieht, dass Innovationen überhaupt nur vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Konstanten denkbar werden. Denn das heißt es doch wohl, wenn man so dahin sagt, dass die Voraussetzung für Investitionen Planungssicherheit sei. Einer politischen Partei kommt es zu, von den Faktoren zu reden, die sie konstant halten will. Für den Teil der Gesellschaft, der ganz oder überwiegend vom Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

lebt, bildet die Garantie des Eigentums eine solche Konstante. Union, FDP und immer mehr auch die Grünen setzen ihr Wahlg Glück auf diese Karte. Das ist ein belebtes Geschäftsfeld, auf dem die SPD nichts gewinnen, sondern nur die Stammkundschaft verlieren kann.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, materiell abgesicherte Menschenrechte als konstante gesellschaftliche Faktoren politisch durchzusetzen. Das setzt allerdings die Bereitschaft zu einer weltweit solidarischen Bewegung voraus. Denn solche Standards müssen international entwickelt werden. Würde man damit einen Weg ins Wolkenkuckuckshaus der Utopie beschreiten? Ist zum Beispiel die PDS, die mit ihrem neuen Programm derartiges unter dem Begriff der garantierten Freiheitsgüter versucht, zum Scheitern an der Realität verurteilt? Das Risiko besteht.

Die Vorstellung, dass die Konjunkturkrise Produktionszusammenhänge zerstört, weil nur so die falsch platzierten Faktoren in neuen Kombinationen zusammenfinden können, muss man nicht so absolut sehen. Es steht keineswegs alles in Frage. Tatsächlich können die freigesetzten Faktoren überhaupt nur in Gang gebracht werden, wenn die Infrastruktur stimmt. Wirtschaftspolitik im Unterschied zum privaten Erwerb hat hier schon lange ihre Aufgabe gefunden. Neu dazu kommt, dass die von der modernen Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte in fortgesetzter Aktion bleiben müssen, damit sie tatsächlich zur Verfügung stehen. Das Arbeitsmarktsystem wäre schon deswegen durch ein lebenslang offen stehendes Bildungssystem zu ergänzen. Was macht der Leitantrag aus dieser schon lange diskutierten Idee:

„Die Startchancen in den ersten sechs Lebensjahren entscheiden über den späteren Lebensweg eines Kindes. Bestmögliche frühe Förderung des einzelnen Kindes ist nicht nur die Voraussetzung für mehr persönliche Chancengleichheit, sondern auch für die Entwicklungsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft. Für lebenslanges Lernen als Weg zu dauerhaftem beruflichen Erfolg müssen die Grundsteine in der Kindheit gelegt werden. Deshalb muss der Ausbau der Kinderbetreuung nach Qualitätskriterien erfolgen, die Bildung, Erziehung und Betreuung in einen engen Zusammenhang bringen. Die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss wegen gestiegener Anforderungen qualitativ weiter entwickelt werden.“ (Leitantrag, Parteitagsvorlage, S. 30)

Hier wird ein Gedanke, der auf die aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen anzuwenden wäre, propagiert, um die Menschen, die von den Veraltungsprozessen betroffen sind, nicht etwa anzusprechen, sondern auszuschließen. In ihrer Kindheit wurden ja die Grundsteine für lebenslanges Lernen nicht gelegt. Und was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

alk, maf

Der „Fall Hohmann“ ist durch den Ausschluss Hohmanns aus der CDU-Fraktion noch nicht beendet. Die Diskussion darüber, wo Konservatismus aufhört und Rechtsradikalismus anfängt, wird nicht nur die CDU sicher noch weiter beschäftigen. Der folgende Artikel entstand zu einem Zeitpunkt, als die Rede Hohmanns noch kaum Beachtung gefunden hatte, das mindert aber nicht seine Aktualität.

MdB Hohmann zum Nationalfeiertag

„Gerechtigkeit für Deutschland“

Von Andrea Livnat

Vor gut einem Jahr berichtete das ARD-Magazin Panorama über Rechtsradikale in der CDU. Die Sendung führte zahlreiche Beispiele von CDU-Mitgliedern an, die in rechtsradikalen Vereinen sprechen, in rechten Verlagen publizieren, kurzum, CDU-Mitgliedern, die sich in Kreisen bewegen, die vom Verfassungsschutz eindeutig als rechtradikal eingestuft und entsprechend beobachtet werden. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer wusste damals von nichts, bat aber um die Übermittlung von Fakten, damit man gegebenenfalls handeln könne. Die genannten Personen sind weiterhin CDU-Mitglieder.

In der Sendung fiel auch der Name Martin Hohmann. Der 55-jährige Major der Reserve sitzt seit 1998 für den Wahlkreis Fulda im Bundestag. Zuvor war er 14 Jahre lang Bürgermeister in Neuhofer bei Fulda. Nach einem Abschluss in Rechtswissenschaften arbeitete Hohmann zunächst als Jurist im Bundeskriminalamt, zuletzt als Kriminaloberrat in der Abteilung „Terrorismus“ in Wiesbaden. Martin Hohmann sieht sich selbst in guter konservativer Tradition.

Konservativ heißt für ihn „zukunfts-zugewandt sein“, wie er in einem Interview mit dem Magazin der Deutschland-Stiftung einmal sagte. Im Grunde seien die meisten Menschen konservativ, solche Aussagen fänden jedoch in der veröffentlichten Meinung so gut wie keinen Niederschlag mehr: „Der Zeitgeist und die eher linksliberal beherrschten Medien sorgen dafür, dass jeder, der eine Meinung äußert, die nicht so ganz auf der Hauptlinie des Zeitgeistes liegt, es schon nicht mehr wagt, sich zu äußern.“

Herr Hohmann scheut sich nie, das zu sagen, was er im Sinne hat, und zu zeigen, wo er steht. Beispielsweise im November letzten Jahres, als er die Entscheidung des britischen Oberhauses, homosexuellen Paaren das Adoptionsrecht zu gewähren, als „Denaturierung des Leitbildes der Familie“ bezeichnete, dieser Entwicklung müsse mit „aktiver Zivilcourage“ entgegen getreten werden. Darüber hinaus machte er die Tolerierung von Homosexualität für das „größte Problem der deutschen Gesellschaft, ihrem Bevölkerungsrückgang“ verantwortlich.

Oder zu Paul Spiegels Rede zum 9. No-

vember 2000, als Hohmann dem Zentralratsvorsitzenden riet, sich zu überlegen, ob er „das Klima zwischen den Juden und Nichtjuden in Deutschland nicht nachhaltig schädige“. „Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?“ hatte Spiegel in seiner Rede gefragt, für Martin Hohmann eine „schlimme Entgleisung“ und eine falsche Unterstellung, genauso falsch, „wie Spiegel zu unterstellen, er sei mitverantwortlich, dass beim letzten Racheakt der israelischen Armee zwei unschuldige Frauen getötet wurden“.

In bester antisemitischer Tradition

So richtig ausgeteilt hat Martin Hohmann erst wieder vor Kurzem, in einer Rede zum deutschen Nationalfeiertag, also am 3. Oktober 2003, bei der Neuhofer CDU. Eine Rede in bester antisemitischer Tradition, die da ganz unbescholten auf der Seite der Neuhofer CDU verlinkt ist. Der ehemalige Bürgermeister darf offensichtlich sagen, was er möchte, entweder traut man sich in Neuhofer nicht zu kritisieren oder aber man ist voll und ganz einverstanden mit Hohmanns Gedankengängen.

Worum geht es also in Hohmanns Rede? Es geht um die Krise in Deutschland, die für Hohmann daher kommt, dass man „als Deutscher in Deutschland keine Vortzugsbehandlung“ erhält. Er habe drei Anfragen an den Bundestag gestellt.

„Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Staatseinnahmen bereit, ihre Zahlungen an die Europäische Union zu verringern?“

„Ist die Bundesregierung bereit, sich auch für deutsche Zwangsarbeiter einzusetzen, nachdem für ausländische und jüdische Zwangsarbeiter 10 Milliarden DM zur Verfügung gestellt worden sind?“

„Ist die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsentwicklung und des Rückgangs der Steuereinnahmen bereit, ihre Entschädigungszahlungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (also an – vor allem jüdische – Opfer des Nationalsozialismus) der gesunkenen Leistungsfähigkeit des deutschen Staates anzupassen?“

Die Antworten hätten Hohmann klar gemacht, dass es sich genau so verhalte, wie er es vermute:

„Hauptsache, die deutschen Zahlungen gehen auf Auslandskonten pünktlich

und ungeschmälert ein. Dafür müssen die Deutschen den Gürtel halt noch ein wenig enger schnallen.“

Grund dafür ist natürlich die deutsche Geschichte. Niemand könne ernsthaft den Versuch unternehmen, die deutsche Geschichte vergessen zu machen, „wir alle kennen“, so Hohmann, „die verheerenden und einzigartigen Untaten, die auf Hitlers Geheiß begangen wurden.“ Aber – es gibt natürlich ein Aber –, je weiter die Nazi-Zeit zurückliege, desto stärker werde sie in der deutschen Gegenwart präsent.

Damit meint Hohmann nicht etwa die Horden von Neonazis, die durch das demokratische Deutschland ziehen. Von diesen Leuten würde keine Gefahr ausgehen, schließlich erteilen die deutschen Wähler an der Wahlurne „diesen Dumpfbacken jeweils eine klarere Abfuhr, als das in vergleichbaren Nachbarländern geschieht“. Nein, Hohmann sorgt sich wegen der „allgegenwärtige(n) Mut-Zerstörung im nationalen Selbstbewusstsein“, die aus dem ständig präsenten Vorwurf, die Deutschen seien das „Tätervolk“, herrühre.

Martin Hohmann ist ein Mensch, der für Klarheit und Wahrheit ist, „es soll, darf nicht verschwiegen und beschönigt werden“. Die Frage sei jedoch, ob „das Übermaß der Wahrheiten über die verbrecherischen und verhängnisvollen 12 Jahre der NS-Diktatur nicht a) instrumentalisiert wird und b) entgegen der volkspädagogischen Erwartung in eine innere Abwehrhaltung umschlagen könnte.“ Die immer gleiche Wahrheit müsse geradezu psychische Schäden bewirken.

Um das bisher Gesagte zusammenzu-

fassen: Die Deutschen sind also davon geschädigt, dass sie immer wieder mit der eigenen Schuld konfrontiert werden, deswegen geben sie ihr Geld ins Ausland anstatt in die eigene marode Wirtschaft zu investieren.

So weit so gut, mag sich der Leser denken, mit diesen Ansichten steht der Abgeordnete ja nicht alleine da, Herr Walser hat bereits vor fünf Jahren Entsprechendes verlauten lassen.

Wer bisher versucht haben sollte, Herrn Hohmann in gutem Licht zu sehen, dem werden bald die Haare zu Berge stehen.

Denn der CDUler stellt darauf die provozierende Frage: „Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden?“

Die Juden und der Bolschewismus

Hohmann findet denn auch so einiges, wo die Juden Dreck am Stecken haben. Es geht einmal wieder in die Ecke von Ernst Nolte, die Verbrechen des Nationalsozialismus werden mit den Verbrechen des Bolschewismus aufgerechnet und die Einzigartigkeit des NS-Genozids an den Juden verschleiert.

Ausgerechnet Henry Fords „Der internationale Jude“ muss für Hohmanns Argumentation herhalten. Die Juden, so die Kernaussage von Fords gesammelten Aufsätzen, hätten sich in verschwörerischer, geheimbündlerischer Absicht zusammengetan, um die Weltmacht mittels wirtschaftlicher Macht, insbesondere durch die Kontrolle der Geldwährung an sich zu reißen. Fords Schriften basieren

auf den „Protokollen der Weisen von Zion“, die er auszugsweise in seiner Wochenzeitung „The Dearborn Independent“ publizierte.

1927 kam es zu einer offiziellen Entschuldigung Fords für seine antisemitischen Publikationen, der einzige Ausweg für den Industriellen aus einem langwierigen image-schädigenden Prozess. Ford blieb selbstverständlich der alte und wurde schließlich zu einem großen Bewunderer Hitlers. 1938 nahm er einen hohen Orden, das „Adlerschild des Deutschen Reiches“, entgegen.

Auch jüdische Kronzeugen führt Martin Hohmann für seine Argumentation ins Feld. So habe der „Jude Felix Teilhaber“ 1919 gesagt: „Der Sozialismus ist eine jüdische Idee ... Jahrtausende predigten unsere Weisen den Sozialismus.“ Auch die Begründer von Kommunismus und Sozialismus, alle voran Karl Marx, seien Juden gewesen.

Es folgt in Hohmanns Rede eine detaillierte Auflistung, wie viele Juden in revolutionären Gremien vertreten waren. Vier Juden im siebenköpfigen Politbüro der Bolschewisten von 1917. 28,6% des revolutionären Zentralkomitees in Russland von 1917. Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, vier von sechs KP-Führern in Deutschland waren 1924 Juden, von 48 Volkskommissaren in Ungarn waren 30 jüdisch, die Münchner Räterepublik und so weiter. Und natürlich nicht zu vergessen, der Mord an Zar Nikolaus II. und seiner Familie wurde von Jacob Sverdlov, einem Juden „eigenhändig vollzogen“.

Woher hat nur der Abgeordnete Hohmann sein Detailwissen, mag man sich fragen, weiß er doch zu berichten, dass

Ein christlicher Konservativer, der Verbindung zu den Nazis sucht

Inzwischen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Abgeordneten Hohmann mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit ausgeschlossen. In der geheimen Abstimmung gab es allerdings 44 Gegen- und vier ungültige Stimmen. Die letzte Nachricht lautet, dass der CSU-Abgeordnete Gauweiler den Fraktionsausschluss offen kritisiert. Er sei eine „politische Hinrichtung“. Daran ist richtig, dass die Union mit dem Ausschluss Hohmanns derartige Standpunkte als in diskutabel gekennzeichnet hat. Zu erklären ist, warum ihr das so schwer fällt.

Die Union hat ein autoritäres Staatsverständnis. Aber der Nationalsozialismus hat diese deutsche Ideologie, die im Staat ein höheres Wesen und die Verkörperung der Sittlichkeit sieht, widerlegt. Der Nationalsozialismus war nur als Staatsverbrechen möglich. Das positive Recht wurde zum Instrument des Verbre-

chens, die Staatsorganisation zur Mordbande. Aus dieser Erfahrung entstand in der BRD eine nicht unerhebliche Unterströmung der Staatskepsis, die sich in politischen Bestrebungen etwa gegen die Todesstrafe oder Bewegungen wie für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung Ausdruck verschaffte und sich auch darin äußert, dass bis heute in der BRD das Recht des Staats zur Kriegsführung massenhaft bezweifelt wird.

Spätestens hier wird aus dieser Unterströmung in der öffentlichen Meinung ein praktisches Problem der Staatspolitik. Besonders die Begründung von Interventionen setzt voraus, dass die intervenierende Macht den Mächten, gegen die interveniert wird, strukturell überlegen ist. Die strukturelle Überlegenheit wird aus der Bindung des Staatsapparates an Mehrheitsentscheidungen und an Recht und Gesetz hergeleitet. Rechtsstaat steht gegen Unrechtsstaat, Demokratie gegen Diktatur. Da die Faschisten auf legalem Weg an die Macht kamen und da sich zeigte, dass sie Mord und Völkermord durch Rechtsetzung abstützen konnten, hat es deutsche Politik schwer. Die Tradition, in der sie steht, erzeugt

Misstrauen, das im Land Abneigung gegen die Ermächtigung des Staates hervorbringt und in den internationalen Beziehungen zum Beispiel dazu führt, dass nach wie vor Verträge gelten, die die Machtentfaltung der BR Deutschlands begrenzen. Aus diesem Dilemma gibt es nur einen Ausweg: zu zeigen, dass die anderen auch nicht besser waren, nicht besser sind und auch nicht besser sein werden. Deswegen schwillt mit dem Geltungsdrang des neuen großen Deutschlands die gehässige Propaganda gegen Deutschlands alte Feinde und neue Konkurrenten an. Ein wichtiges Kampffeld dieser Auseinandersetzung ist z.B., gerade in diesen Monaten, die Beurteilung der Luftangriffe der Alliierten auf das Reich, in der sich verschiedene politische Kräfte von ganz rechts bis weit in die Mitte treffen.

All dies gehört zum Kerngeschäft des Konservatismus in Deutschland, und Hohmann pflügt auf diesem Acker. Warum dann hat man ihn verstoßen?

Es wäre nicht ungefährlich und würde tiefsitzende antisemitische Klischees bedienen, wollte man dafür die Reaktionen aus dem Ausland und im Inland die

„nach einer von Churchill 1930 vorge-tragenen statistischen Untersuchung eines Professors den Sowjets bis 1924 fol-gende Menschen zum Opfer gefallen sein (sollen): 28 orthodoxe Bischöfe, 1.219 or-thodoxe Geistliche, 6.000 Professoren und Lehrer, 9.000 Doktoren, 12.950 Grundbesitzer, 54.000 Offiziere, 70.000 Polizisten, 193.000 Arbeiter, 260.000 Sol-daten, 355.000 Intellektuelle und Gewer-betreibende sowie 815.000 Bauern.“ Hohmann bezieht sich, wie in einer An-merkung festgehalten ist, auf das Buch „Jüdischer Bolschewismus. Mythos und Realität“ von Johannes Rogalla von Bie-berstein. Ernst Nolte steuerte hierzu ein begeistertes Vorwort bei. Obwohl sich der Autor im Vorwort ausdrücklich von jeg-lichen antisemitischen Tendenzen zu dis-tanzieren versucht, kann sich der Leser nur wundern, wie gründlich von Bieber-stein Juden aufspürt. Was genau Trotzki gemacht oder nicht gemacht hat, erfährt der Leser nicht, wohl aber dass er Jude war. Juden im rassischen Sinne sind also die Hauptfiguren in von Biebersteins Buch. Es geht darum, die jüdische „Schuld“ am Kommunismus zu erarbei-ten und damit letztendlich zu den The-sen Ernst Noltés beizutragen, wonach der Nazismus eine Art „Notwehr“ gegen die Gefahren des Bolschewismus war, der ja von Juden angeführt wurde. Herr Ro-galla von Bieberstein ließ die Redaktion von haGalil onLine in anderem Zu-sammenhang wissen, dass er international, „insbesondere auch von jüdischen Wissenschaftlern“, anerkannter Histori-ker sei. Tatsächlich sei es so, „dass die kleine, aber welthistorisch nach 1917 massiv in Erscheinung getretene kom-munistisch-extremistische Minderheit

von Juden der Judenheit unendlich ge-schadet hat!“ Ganz im Sinne von Martin Hohmann ließ uns von Bieberstein da-mals wissen, dass die Einsicht, die man aus seinem Buch erhält, „durch ein me-dial verordnetes kollektivistisch-mora-listischen „Geschichtsbild“ vorenthal-ten“ wird.

Hohmann schlussfolgerte in seiner Re-de zum 3. Oktober, man könnte „im Hin-blick auf die Millionen Toten dieser er-sten Revolutionsphase nach der ‚Täter-schaft‘ der Juden fragen. Juden waren in



Davidstern, Hammer und Sichel – ein fa-schistisches Hetzplakat

großer Anzahl sowohl in der Führungs-ebene als auch bei den Tschecha-Erschie-ßungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen.

Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk be-zeichnet.“

Genau wie Rogalla von Bieberstein thematisierte Hohmann noch die Reli-gion.

Die Juden, „die sich dem Bolsche-wismus und der Revolution verschrieben hatten, hatten zuvor ihre religiösen Bin-dungen gekappt“. Ähnliches stellen die Herren auch bei den Nazis fest. Um es vorweg zu nehmen, die Gottlosigkeit sei also das verbindende Element von Bol-schewismus und Nationalsozialismus. Eine interessante Wende in Hohmanns Rede ist seine Feststellung, weder „die Deutschen, noch die Juden“ seien ein Tä-tervolk. Die Gottlosen mit ihren gottlo-sen Ideologien sind die Täter. Fast macht es den Eindruck als habe sich Hohmann in seiner eigenen Argumentation verfan-gen. Die Lösung ist natürlich einfach, Hohmann plädiert für eine Rückbesin-nung auf unsere religiösen Wurzeln und Bindungen. Nur sie werden ähnliche Ka-tastrophen verhindern, wie sie uns Gott-lose bereitet haben.“

Allerdings spricht er lediglich von der christlichen Religion, als eine Religion des Lebens, deren Gottesbezug seiner Meinung nach in die europäische Verfas-sung aufzunehmen sei.

Martin Hohmann sagt in seiner Rede nichts Verbotenes, er hetzt nicht mit ver-fassungsfeindlichen Parolen. Seine Ar-gumentation ist wesentlich raffinierter

Proteste aus den jüdischen Gemeinden verantwortlich machen. Tatsächlich hat-ten die Konservativen einen eigenen, aus ihrer Geschichte erklärlichen Grund. Die NSDAP gelangte nur deshalb an die Macht, weil ihr die konservative bürger-liche Mitte den Weg bahnte. Für diese un-heilvolle Legierung waren drei Traditio-nen maßgeblich: Erstens der alte, christ-liche Antisemitismus, der Brücken zwis-chen Christen und dem Rassismus und mörderischen Antisemitismus der Nazis schlug oder wenigstens die christliche Kritik am Naziterror weit gehend ver-stummen ließ. Zweitens die Angst des Bürgertums vor der Revolution, be-sonders vor der Weltrevolution. Diese Angst ließ sich mit dem Rassismus und dem alten Antisemitismus in der Vorstel-lung der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ propagandistisch äußerst wirksam zusammenpacken. Drittens die großdeutsch-völkische Ex-pansionsstrategie, die eine überlegene Stellung der deutschen Konzerne im neu zu ordnenden europäischen Wirtschafts-raum aus den Ansprüchen einer Herren-rasse herleitete und die vielen Bereiche-rung, Karrieremöglichkeiten etc. ver-

hieß. Hohmann hat in seiner Rede Ge-dankenmaterial, mit dem die Nazis die Brücke zum christlichen Konservati-smus schlugen, insbesondere die „jü-disch-bolschewistische Weltverschwö-rung“, aktualisiert und in das offizielle Diskursangebot der Unionsparteien ein-geschleust.

Nachdem die Rede bekannt und das Ausmaß des Unheils klar wurde, war die Union aus Gründen ihrer eigenen Tradi-tion und Programmatik zu handeln ge-zwungen. Hohmann wurde nicht „ge-opfert“. Er hat sich aus den Grenzen, die sich die Union selbst zieht, herausbewegt. Dass die jüdischen Gemeinden und ihre Repräsentanten Hohmanns Angriff registrierten, hat dazu beigetragen, dass sich der Tatbestand nicht vertuschen ließ.

Es bleibt die Frage, warum Hohmann diesen mit der Programmatik und der Tradition der Union unverträglichen Weg eingeschlagen hat. Es geht um die Bezie-hung des bestehenden Parteiengefüges auf den bestehenden Rechtsextre-mismus. Möllemann hatte die rechtsex-treme Strömung zu mobilisieren und an die neuen Nazis heranzukommen ver-

sucht, indem er die Schrecken und Lei-den des Bürgerkrieges in Israel/Palästi-na zu antisemitischer Propaganda miss-brauchte. Der Rückgriff Hohmanns auf das Lügengebäude der „jüdisch-bol-schewistischen Weltverschwörung“ wird ebenfalls wegen seiner Signalwirkung bei den neuen Nazis benötigt. Warum dieses Werben um die Nazis?

Ein Staat, der zu einer Führungs-macht in der Welt aufsteigen bzw. seine Rolle als Führungsmacht voll ausspielen will, braucht Untertanen, die auf seinen Befehl hin alles tun. Die faschistische Ideologie enthält den Gedanken des Sich-zur-Verfügung-Stellens, der die be-fehlenden staatlichen Strukturen un-widerstehlich lockt. Solch prächtigen jungen Menschen braucht der Komman-deur der Interventionstruppen. Auf die-sen Geist kann er nicht verzichten. Immerhin wird vom Soldaten ja verlangt, „für Deutschland“ zu töten und womög-lich zu sterben. Seitdem die BRD sich von der Begrenzung militärischen Handelns auf Landesverteidigung offiziell verab-schiedet hat und zur Beteiligung an und Legitimierung von Kriegen zu Zwecken der Neuordnung übergegangen ist, wird

und perfider. Bestreitet er letztendlich, dass die Juden“ als Kollektiv ein „Tätervolk“ seien, so zählt er doch zuvor genau dafür „Beweise“ auf. Durch die Gegenüberstellung von Nationalsozialismus und Bolschewismus bzw. von Deutschen und Juden als „Tätervolk“ wird der Holocaust verharmlost, die „Schuld“ des nationalsozialistischen Deutschlands relativiert und schließlich antisemitische Argumentationen der übelsten Sorte aufgewärmt und neu serviert. Juden sind wahlweise die Drahtzieher von Bolschewismus, Kommunismus, Sozialismus, Kapitalismus, je nachdem, wie es der Sprecher eben braucht. Herr Hohmann sucht die Juden im Bolschewismus, selbstverständlich wird er welche finden. Und das Ganze mit einem Historiker, der „insbesondere“ auch von jüdischen Wissenschaftlern anerkannt ist, als Rückendeckung, da kann ja nichts falsch sein. Es ist doch immer wieder schön zu sehen, dass es offenbar reichen soll, ein paar Juden aufzählen zu können, um sich von jeglichen Vorwürfen rechter und antisemitischer Argumentation freisprechen zu können.

Mit einem Abgeordneten wie Martin Hohmann muss sich die CDU tatsächlich keine Sorgen um Wahlerfolge erklären rechter Parteien wie der NPD machen. Die CDU kann mit Herrn Hohmann das gesamte rechte Wählerspektrum abdecken.

hagalil.com 28-10-2003

Der Beitrag erschien zuerst bei hagailil.com und wurde mit freundlicher Genehmigung der Autorin in den Antifa-Nachrichten nachgedruckt und von den Politischen Berichten übernommen.

eine Haltung des Soldaten, dem höheren Staatswesen zu folgen, ohne zu fragen, unentbehrlich. Staatsverfechter kommen den Nazis gedanklich entgegen, weil diese Nazis für die Verrichtung von Staatszwecken brauchbar scheinen.

War Hohmann ein verkappter Nazi? Seine Argumentationsstruktur deutet darauf nicht hin. So preist er nicht als letzte Instanz die hemmungslose Willkür des Führers, sondern löst das Problem der Legitimierung der Führung durch Berufung auf die offenbarte Religion mit ihren bekannten Sittengesetzen. Es handelt sich bei Hohmann nicht um einen Nazi, der sich bei der Union einschlich, sondern, viel schlimmer, um einen christlichen Konservativen, der Verbindung zu den Nazis sucht.

Für solche Expeditionen bietet die autoritäre Staatsauffassung, die für die Union wesentlich ist, immer wieder das Basislager. Im breiten Fluss der gesellschaftlichen Diskussion fasst der Anspruch auf eine öffentlich regulierte, gesetzlich flankierte Leitkultur Fuß. In diesem Ziel einer kulturellen Privilegierung findet sich alles, was rechts steht.

sc

Pressemitteilung über die Gründung einer deutschen Sektion der Föderation „EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE“

„Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“

Am 9. November wurde in Berlin unter dem Namen „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ die Sektion der Föderation „EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE“ („Europäische Juden für einen gerechten Frieden“)* in den Räumen des Hauses der Demokratie und der Menschenrechte ins Leben gerufen.

Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ handelt auf der Basis der Gründungserklärung der „EUROPEAN JEWS FOR A JUST PEACE“ (EJJP), die im September 2002 in Amsterdam von 18 jüdischen Organisationen aus 9 europäischen Ländern verabschiedet wurde. Als assoziiertes Mitglied der Föderation will sie über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines gerechten Friedens zwischen Palästina und Israel informieren.

Ihre wesentliche Aufgabe sieht sie darin, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung ihr außenpolitisches und ökonomisches Gewicht in der Europäischen Union, in den Vereinten Nationen und nicht zuletzt auch in Nahost nachdrücklich und unmissverständlich im Interesse der Herstellung eines lebensfähigen, souveränen Staates Palästina auf integriertem Hoheitsgebiet und innerhalb sicherer Grenzen nutzt und aktiv zur Verwirklichung eines dauerhaften und für beide Nationen lebensfähigen Friedens beiträgt. Überdies will die neu gegründete Organisation EJJP-Positionen in der Bundesrepublik verbreiten.

Nicht in unserem Namen!

Die Gründung der Sektion der EJJP in Berlin erfolgt in Übereinstimmung mit der sog. Amsterdamer Deklaration ausdrücklich in der Absicht, sichtbar zu machen, dass die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung entgegen der Behauptung ihrer Vertreter und der wiederholten Beteuerung von Sprechern großer jüdischer Gemeinden, keineswegs von allen Menschen jüdischer Herkunft gestützt wird.

All jenen, die sich anmaßen, für alle Juden einer Nation oder gar der Welt zu sprechen, rufen wir entgegen: *Nicht in unserem Namen!*

Im Einklang mit allen Organisationen der Föderation verurteilt die „Jüdische Stimme“ die seit 1967 andauernde israelische Besetzung von Westjordanland und Gazastreifen sowie von Ostjerusalem.

Gleichzeitig sieht die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ ihre vornehmliche Aufgabe darin, all jenen Organisationen und Individuen in der Bundesrepublik Deutschland Gehör zu

verschaffen, die auf israelischer oder auf palästinensischer Seite für Frieden und Gerechtigkeit zwischen beiden Völkern eintreten. Dazu gehören die inzwischen eintausend Wehrdienstverweigerer in Israel, dazu gehören die Menschenrechts- und Friedens-, sowie die humanitären Organisationen in Israel und Palästina, die trotz Abstrafungen und existenziellen Bedrohungen ihrem Gewissen folgen und mit Zivilcourage für eine gute nachbarschaftliche Zukunft streiten.

Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und in Israel sind möglich!

Nötig ist dazu:

1. Ein rasches Ende der seit 36 Jahren währenden Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ost-Jerusalems.
2. Die Räumung aller israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten.
3. Ein souveräner und lebensfähiger Staat Palästina auf integriertem Hoheitsgebiet.
4. Die offizielle Anerkennung der Mitverantwortung Israels am palästinensischen Flüchtlingsproblem und die Garantie aller rechtlichen Verpflichtungen, die daraus folgen, in bi- und multilateralen Übereinkommen zu regeln, die auf eine gerechte, faire und praktikable Lösung ausgerichtet sind.
5. Die tatsächliche politische und gesellschaftliche Gleichstellung der palästinensischen Bürger Israels.
6. Ein Friedensvertrag zwischen den Staaten Israel und Palästina, der das Schutzinteresse der Bürger und Bürgerinnen beider Nationen berücksichtigt und zudem auf Sicherheits-Abkommen beruht, die den spezifischen Sicherheitsbedürfnissen Israels und Palästinas Rechnung tragen.
7. Die Anerkennung des Rechtes beider Staaten, des palästinensischen und des israelischen, auf Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt.

Für die Jüdische Stimme und EJJP

Fanny-Michaela Reisin

FannyM.Reisin@t-online.de

**Postadresse: Jüdische Stimme Berlin
c/o Internationale Liga für Menschenrechte
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin**

** Die Gründungserklärung der EEJJ unterzeichneten: Eine andere jüdische Stimme (NL); Union progressiver Juden in Belgien – UPJB (Belgien); Netzwerk der Juden gegen die Besatzung (Italien); Gruppe Martin Buber – Juden für den Frieden (GB); Freunde der Israelisch-Palästinensischen Koalition für Frieden Gerechter Frieden (GB); Juden für Gerechtigkeit für die Palästinenser (GB); Jüdisch-sozialistische Gruppe (GB); Britische Freunde von Frieden jetzt/Peace Now; Rabbiner für Menschenrechte (GB); Jüdisches Manifest (Schweden); Die schwedische jüdische Friedensgruppe (Schweden); Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz); Union jüdischer Franzosen für den Frieden (Frankreich); Le Cercle Francaise de Juif Diasporique de Gauche C – Cercle Gaston Crémieux (Frankreich); New Outlook (Dänemark); Meretz (GB)*



Bilder 1–3: Am 16.11. demonstrierten weit über 10.000 Menschen in Diyarbakir für Demokratie, Anerkennung der kurdischen Rechte und die Freiheit Abdullah Öcalans. Nach Angriffen türkischer Sicherheitskräfte zogen sich Auseinandersetzungen stundenlang in der Innenstadt fort. 15 Demonstranten wurden verhaftet, drei Demonstranten und drei Polizisten wurden verletzt. Bild 4: Am 2.11. beteiligten sich 15.000 an einer Demonstration der DEHAP-Jugend in Van „Für Frieden und eine demokratische Lösung“. Bild 5: Studentendemonstration 13. ebenfalls in Van.

Türkei/Kurdistan

Auflösung des KADEK, Gründung des Volkskongresses Kurdistans

Am 15.11. wurde auf einer Pressekonferenz in Südkurdistan (Nordirak) die Gründung des Volkskongresses Kurdistans (Kongeya Gel – KGK) bekannt gegeben. Zuvor hatte sich am 26. Oktober der KADEK (Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan) aufgelöst und erklärt, so den „Weg frei zu machen für neue, demokratische Organisationsstrukturen, die eine breitere Beteiligung ermöglichen“.

Der KADEK erklärte, dass die vielen Aufrufe zum Dialog trotz des einseitigen Waffenstillstands der Guerillakräfte seit 1999 unbeantwortet geblieben seien, darunter auch die im August 2003 vorgestellte Roadmap als Rahmenprogramm für Verhandlungen und Lösungsmöglichkeiten der kurdischen Problematik innerhalb der vier Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran.

Die Politik der KADEK hatte Einfluss auf die politische und rechtsstaatliche Entwicklung der Türkei. Aber Programm und organisatorische Struktur, so die KADEK-Erklärung, „wurden ... den Anforderungen des politischen Kampfes für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft nicht gerecht. Reste des leninistischen Parteimodells sowie traditionelle dogmatische Denkstrukturen des Mittleren Ostens formten eine eingeeengte und hierarchische Struktur, der das Einbeziehen neuer sozialer Gruppen und demokratischer Elemente nicht gelang. (...) Die personelle Kontinuität in der Führungsebene begünstigte die oberflächliche Auffassung, der KADEK sei lediglich die Fortsetzung der PKK. Dies wiederum verdarb die internationale Anerkennung und beeinflusste den anvisierten Demokratisierungsprozess negativ. Die Politik der Staaten der Region beruht weiterhin auf der Nicht-Anerkennung der kurdischen Realität. (...) Die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten und die allgemeinen politischen Umstände geben uns bedeutende Möglichkeiten ... Diese Entwicklungen können zum Vorteil des kurdischen Volkes genutzt werden, wenn dessen organisierte Kräfte den Willen verkörpern, zu einer realistischen Lösung zu gelangen. Aus diesen Gründen wird der Kongress für Frieden und Demokratie in Kurdistan aufgelöst ...“

Der Gründungskongress des Volkskongresses KGK fand vom 27.11. bis 6.12. statt. Es nahmen 360 Delegierte teil, viele aus den Reihen des KADEK und dem Kurdischen Nationalkongresses. Unter dem Vorsitz von Zübeyir Ay-

dar wurden 41 Personen in den Exekutivrat und 11 Personen in den Disziplinarausschuss gewählt.

Ziel des KGK sei, die militärischen Auseinandersetzungen zu beenden und einen politischen Kampf zu führen. Statt Separatismus werde eine „zeitgemäße demokratische Union, die die Unteilbarkeit des Staates respektiere“, angestrebt. Ob dies möglich sei, liege jedoch in erster Linie an der Türkei, aber auch an Iran und Syrien.

Zur Guerilla sagte Aydar, dass die Volksverteidigungskräfte autonom seien, aber unter dem politischen Willen des KGK stünden. „Unser Ziel ist es, den bewaffneten Kampf einzustellen, aber dafür muss die Türkei politische Schritte unternehmen und uns eine legale politische Möglichkeit anbieten.“

Der Aufbau eines demokratischen, föderalistischen Irak sei ein Meilenstein für die Entwicklung der Demokratie im Mittleren Osten. Der KGK halte „das Eingreifen der USA gegenüber dem Saddamregime, das im Mittleren Osten einen neuen Prozess einleitete, für richtig“. Der Aufbau des Irak würde aber von der kurdischen Frage abhängen. Aydar dementierte ein Vorgehen der USA gegen die Guerilla; er wünsche sich aber ein „diplomatische Vermittlung“ der USA. Die Pläne der USA, die Region neu zu ordnen, würden unterstützt.

Die Wahl von Zübeyir Aydar zum Vorsitzenden des Volkskongresses soll den Neubeginn unter einer zivilen Führung symbolisieren. Aydar war stellvertretender Vorsitzender des IHD und erhielt 1990 gemeinsam mit seiner Frau den Menschenrechtspreis des Helsinki-Komitees. 1991 wurde er auf der Liste der SHP in die türkische Nationalversammlung gewählt und war später Gründungsmitglied der pro-kurdischen HEP. 1993 entging er mehreren Mordanschlägen. Nach Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität 1994 floh er nach Europa. Dort war er im Kurdischen Exilparlament und dann als KNK-Präsidialratsmitglied aktiv.

Unter den Vizepräsidenten des KGK befinden sich die ehemaligen KADEK-Führungskader Osman Öcalan, Riza Altun und die Europasprecherin Mizgin Sen. Der inhaftierte ehemalige PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan wurde ohne ein formelles Amt zur „Führungspersönlichkeit“ erklärt.

rub

(Quellen: Isku, Özgür Politika vom 16.11.03)



Rund 100 Vertreter von Immigrantenorganisationen, Sprecher von Communities und Bürgerrechtler kamen am Montag, den 17. November, in New York zu einem Protest gegen das Sonderprogramm der Regierung zur Registrierung von Einwanderern zusammen. Seit Inkrafttreten des Programms vor einem Jahr haben die Einwandererbehörden in den USA 82.000 Menschen aus Ländern mit muslimischer Bevölkerung registriert; 13.000 von ihnen ließ die Regierung ausweisen, 2.700 wurden inhaftiert, obwohl keinem Einzigen irgendeine Verbindung zu terroristischen Organisationen nachgewiesen werden konnte. Opfer des Registrierungsprogramms berichteten über Misshandlungen und Willkür. Ein offensichtlich traumatisierter Mann berichtete, dass er u.a. 24 Stunden ohne Nahrung und Wasser in eine Zelle gesperrt und dann für eine Zeit ins Gefängnis geworfen wurde, nachdem er mit sinnlosen Fragen – z.B. nach seinen Verbindungen zu Terroristen oder wie oft er am Tag betet – traktiert worden ist. Ein Student wurde gezwungen, seine Deportationspapiere zu unterzeichnen, weil er die Einreisebedingungen verletzt hatte, indem er das College wechselte ... U.a. erklärte Rabbi Feinberg für das Bündnis von 600 religiösen und Community-Sprechern, Donna Lieberman von der New Yorker Bürgerrechtsunion und ein Anwalt der Latinos ihre Solidarität: Der Hauptzweck des Registrierungsprogramms, so Guillermo Chacon, sei es, die Solidarität der Einwanderer-Communities der arbeitenden Klassen zu zerstören. (Quelle und Bilder: Indymedia New York)

Gesundheitsstatus der Iraker verschlechtert sich – Zahl der Toten steigt weiter

IPPNW fordert: Zerstörtes Gesundheitswesen muss dringend repariert werden

Ein internationales Team von Ärzten und Wissenschaftlern der IPPNW, der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, forderte am 11.11. in London die britische und die US-Regierung auf, endlich für ein funktionierendes Gesundheitswesen im Irak zu sorgen und verlässliche Daten über die Erkrankten, Verletzten und Toten im Irak zu sammeln. Das internationale Wissenschaftlerteam hat unter Federführung der britischen IPPNW-Sektion, Medact, in den vergangenen Monaten sämtliche zur Verfügung stehenden Informationen über die Gesundheits- und Umweltfolgen des Irakkrieges zusammengetragen und ausgewertet. Ihr Ergebnis: Bis heute hat der Irakkrieg mindestens 20.000 irakische Tote gekostet. Es ist anzunehmen, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer weit höher liegt, da viele Tote nicht gezählt wurden. Mindestens 40.000 Iraker sind verletzt worden. Und schlimmer noch: Die Zahl der Toten und Verletzten steigt weiter an.

Durch Streubomben wurden insgesamt 340.000 kleine Sprengsätze auf den Irak abgeworfen. Seit dem Krieg sind 1.000 Kinder durch Munitionsreste, vor allem Sprengsätze, verletzt worden. Dazu kommen nach Expertenschätzungen 1000–2000 Tonnen Uranmunition. Bis heute ist nicht geklärt, ob diese Munition für das Ansteigen der Krebsraten im Irak nach dem vorvergangenen Irakkrieg verantwortlich ist.

Zu den Verletzungen kommt der generelle Gesundheitsstatus der irakischen Bevölkerung. Die Gesundheitslage im Irak, besonders die der Kinder, führte bereits vor dem Krieg zu internationaler Besorgnis. Eins von acht Kindern starb vor seinem fünften Geburtstag und ein Viertel der Babys wurde unterernährt geboren. Die nach wie vor mangelhafte Wasserversorgung und der Zusammenbruch der offiziellen Nahrungsmittelversorgung hat die Situation dieser extrem verletzlichen Gruppe weiter verschlechtert. Durchfallerkrankungen, Typhus und Cholerafälle treten vermehrt auf. Unicef berichtete, dass sich die Unterernährung irakischer Kinder nach dem Krieg verdoppelt hat und sieben von zehn Kindern unter Durchfall litten. Das

irakische Gesundheitssystem war nicht in der Lage auf diese Krise zu reagieren. Sieben Prozent der Krankenhäuser wurden während des Krieges zerstört, zwölf Prozent geplündert, Gerät und medizinisches Personal fehlen nach wie vor. Impfstoffe und Arzneimittel können aufgrund der immer wieder ausfallenden Stromversorgung nicht ausreichend gekühlt werden.

„Die gesundheitlichen Folgen des Irakkrieges werden die Menschen im Irak auf Jahre, wenn nicht Generationen verfolgen“, sagt Mike Rowson, Direktor der britischen IPPNW-Sektion MEDACT. (PE IPPNW vom 11.11.)

Osteuropa neue deutsche Pressekolonie?

Der Europäische Journalistenverband sieht in der Expansion deutscher Zeitungskonzerne in Osteuropa eine „große Gefahr für den unabhängigen Journalismus und für die freien Gedanken“. In Tschechien halten sie inzwischen einen Anteil von 82% am Pressemarkt, in Ungarn gehören ihnen 75%. In den baltischen Staaten dringen deutsche Medienkonzerne vor; in Serbien und Montenegro kaufte die WAZ kürzlich die wichtigste Tageszeitung „Politika“ auf. Auch in Polen in der Einfluss deutschen Kapitals auf dem Medienmarkt gewaltig. In Wrocław z.B. besitzt die „Passauer Neue Presse“ alle Tageszeitungen, ähnlich in Poznań, in Gdansk, Lodz und Krakow. Bauer gibt zur Zeit 30 Zeitschriften in Polen heraus, vertreten sind auch der Springer-Verlag, der seit dem 22.10. eine gesamtpolnische Zeitung herausgibt, Gruner & Jahr, Burda. Die Monopolstellung sei inzwischen stärker als in der Zeit der Teilung Polens, in der ein Teil des Landes zu Preußen gehörte, so die polnische „Wprost“. Osteuropa erinnere schon jetzt an eine deutsche Pressekolonie. (Quelle: DW)

Wintershall verstärkt Expansion am Kaspischen Meer

Der größte deutsche Erdgas- und Erdölproduzent wird im russischen Teil des nordkaspischen Meeres nach Öl suchen. Wintershall, eine BASF-Tochter und seit vielen Jahren in der Exploration und Produktion von Erdöl in Russland aktiv, erwartet in einem südlich des Wolgadelas gelegenen Block ein erhebliches Potenzial. Zunächst werden neue seismische Daten ausgewertet, eine Explorationsbohrung im nächsten Jahr soll dann Aufschluss über mögliche Kohlenwasserstoffreserven geben. Die Exploration im Kaspischen Meer wird durch die Übernahme eines 70%-Anteils an der Explorationsfirma OOO Megatron NVK möglich, die über die alleinigen Rechte für die Suche nach Öl in dem Block verfügt. (Moskauer Deutsche Zeitung)

Zusammenstellung: scc

HANNOVER. Ca. 20.000 Studierende, unterstützt von Gewerkschafts- und Schülervertretungen, demonstrierten am 12.11.2003 in Hannover gegen das Hochschuloptimierungskonzept der CDU-FDP-Landesregierung, mit dem 40 Mio. Euro im kommenden Jahr an den Hochschulen gekürzt werden sollen. Die nächste Aktion ist am 10. Dez. geplant zur entsprechenden Landtagssitzung. – „Bildung für alle, und zwar umsonst“, mit dieser Parole zogen mehr als 8.000 Studierende am 15.11. durch die Berliner Innenstadt und wandten sich gegen die geplanten Kürzungen von 75 Mio. Euro bei den drei Berliner Universitäten. Auch in Hessen finden Streiks und Aktionen gegen Mittelkürzungen und Studiengebühren statt. www.fzs-online.org



Bild: <http://dj-dex.de>

Anwälte fordern Erhalt des Sozialdienstes am Rhein-Main-Flughafen

FRANKFURT A.M. DAS hessische Sozialministerium will den Flughafen-Sozialdienst zum Ende des Jahres schließen und die Betreuung von Asylsuchenden künftig von Landesbediensteten der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (HEAE) durchführen lassen. 48 Rechtsanwälte aus dem Rhein-Main-Gebiet sehen darin einen Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1996, in dem festgehalten ist, dass Flüchtlinge ohne Anwälte einen Anspruch auf kostenlose asylrechtliche Beratung haben müssen. In einem Brief an Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU) fordern sie die Beibehaltung in kirchlicher Trägerschaft. „Die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts wäre ohne den Einsatz der Mitarbeiter des kirchlichen Flughafensozialdienstes nicht erfüllbar. Bedienstete der HEAE wären nicht unabhängig von den Entscheidungsträgern im Sinne der Vorgabe der Verfassungsrichter, sondern Teil der Verwaltungsbehörden im Asylverfahren.“

www.xpedient.org

Einrichtungen der Friedensforschung von Sparpolitik der Länder bedroht

HAMBURG. In einer Erklärung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) heißt es u.a.: „Der Senat der Hansestadt plant massive Einschnitte. Der bislang radikalste Vorschlag sieht vor, für das Haushaltsjahr 2005 zwei Drittel der Zuwendungen an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) zu streichen. – Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat für das kommende Jahr drastische Einsparungen für die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) angekündigt: Von den ursprünglich vorgesehenen knapp 2,2 Millionen Euro sollen nur etwas mehr als 1,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt

werden. – Bei der Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen (LAG NRW) handelt es sich um eine Koordinationsstelle friedenswissenschaftlich ausgerichteter Hochschullehrer und -lehrerinnen. Die Einrichtung erhielt bis zum Jahr 2002 Zuwendungen der Landesregierung in Höhe von 75.000 Euro. Auch wenn sich Pläne für eine komplette Streichung nicht durchsetzen konnten, so bedeutet die vollzogene Kürzung um ein Drittel einen erheblichen Einschnitt. ... Wir rufen die Landesregierungen auf, alles dafür zu tun, um zumindest den bisherigen Bestand der Friedensforschung zu sichern.

Infos über AFK: www.bicc.de/coop/afk

6000 demonstrierten gegen die Castor-Transporte ins Wendland

LÜCHOW-DANNENBERG. „Die Ungeduld wächst und der Widerstand gegen die Ausstiegshetorik des Bundesumweltministers ebenso“, auf diese Formel bringt die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg den wachsenden Protest gegen die Castortransporte ins Wendland. 6.000 Menschen hatten sich bereits am 8.11.2003 zur Auftaktkundgebung auf einem Acker bei Splietau versammelt, Tausende waren in den Tagen bis zur Ankunft des Castors im „Transportbehälterlager

Gorleben“ trotz des Demo-Verbots auf der Transportstrecke aktiv. Mit über fünfstündiger Verspätung war der diesjährige Castortransport am Nachmittag des 11.11.2003 in Dannenberg eingetroffen. Immer wieder hatten Menschen mit Anketaktionen und Schienenblockaden den Fahrplan der Atom Müllfuhr durch-einander gebracht. Zwischen 2.000 und 2.500 Demonstranten stellten sich allein in der Nacht zum 12.11. auf der Straße quer. Mit einem Mix von Kultur und Politik hatten die Gorleben-GegnerInnen sich wochenlang auf „Castorelle Landpartie“ begeben. Unterstützt wurden die Gorleben-GegnerInnen von Aktionen der Umweltverbände Robin Wood und Greenpeace, u.a. durch Besetzungsaktionen auf den Türmen der „gut bewachten“ Förderschächte des Endlagerbauwerks.

Dass die Zahl der TeilnehmerInnen sich im Vergleich zum Castordurchgang 2002 fast verdoppelt hat, sei darauf zurückzuführen, dass an Stelle von politischem Handeln der Konflikt nur noch zwischen Polizei und Bevölkerung ausgetragen werde. Die Menschen hätten die Verpolizeichung des Konflikts satt.

Die Forderungen an die Berliner Adresse lauten: „Stoppt Gorleben, legt die Atomkraftwerke still und fördert den Ausbau der Regenerativen“.

www.oneworldweb.de/castor



Rettet die Krankenhäuser! – Verkauf wäre Verfassungsbruch!

HAMBURG. Das Hamburgische Verfassungsgericht soll es möglich machen, dass alle Hamburger Bürger über den Verkauf der städtischen Krankenhäuser abstimmen können. Am 7.11.2003 haben die Initiatoren des Volksentscheides „Gesundheit ist keine Ware“ Klage gegen das Vorgehen des Senats eingereicht, der mit einem Eilgesetz den Verkauf des LBK an private Anleger noch vor dem Volksentscheid durchsetzen will. Statt den Volksentscheid am 13. Juni 2004 abzuwarten, trickst der Senat und will zunächst nur die Hälfte des LBK veräußern, später dann mehr. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft und die Personalvertretungen im LBK Hamburg bereiten nun innerbetriebliche und außerparlamentarische Aktionen vor, um für den Erhalt des städtischen Mehrheitseigentums an den Kliniken zu kämpfen. „Wir werden den Volksentscheid fristgemäß im November beantragen, damit am 13. Juni 2004 abgestimmt werden kann. Der Staat trägt die Verantwortung für die gesundheitliche Daseinsvorsorge. Eine patientenfeindliche Privatisierung werden wir nicht zulassen. Wer 50 Prozent der städtischen Krankenhäuser oder mehr an gewinnfixierte Konzerne verkauft, schädigt die Bürger, die Patienten und die Mitarbeiter des LBK. Ein Mehrheitsverkauf würde irreparable Schäden am hamburgischen Gemeinwesen hervorrufen. Die Hochleistungsmedizin des LBK muss weiterhin allen Bürgern zugänglich bleiben. Gesundheit darf nicht zur Ware werden.“

www.volksbegehren-hamburg.de

Thüringer Landtag erleichtert Volksbegehren und Volksentscheide

ERFURT. Der Thüringer Landtag hat am 13.11.2003 eine Reform der direkten Demokratie beschlossen. Die Abgeordneten votierten mit den Stimmen aller Fraktionen für eine Änderung der Landesverfassung und eine Novelle des Durchführungsgesetzes. Auslöser für die Reform war das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ im Herbst 2000. Fast jeder fünfte Thüringer – 387.469 Bürger unterstützte die Initiative. Allerdings stoppte das Verfassungsgericht den angestrebten Volksentscheid. Trotzdem kam es nach intensiven Verhandlungen zwischen PDS und SPD sowie dem Bündnis auf der einen und der CDU auf der anderen Seite zum Kompromiss.

Die Reform senkt die Unterschriften-Hürde für Volksbegehren von bisher 14 Prozent der Stimmberechtigten. Die Initiatoren haben die Wahl zwischen zwei Verfahren. Bei der freien Sammlung auf der Straße müssen innerhalb von vier Monaten zehn Prozent unterschreiben. Bei der Amtseintragung sind es acht Prozent in zwei Monaten. Auch beim Volksentscheid sinkt das Quorum für die Min-

destzustimmung von derzeit 33 Prozent der Stimmberechtigten bei einfachen Gesetzen und 50 Prozent bei Verfassungsänderungen auf 25 bzw. 40 Prozent.

www.mehr-demokratie.de/thueringen

Ein Kinder- und Jugendförderungs-gesetz für alle jungen Menschen!

DÜSSELDORF. Am 27. November startet in NRW die Volksinitiative „Zukunft sichern – ein Kinder- und Jugendförderungsgesetz für alle jungen Menschen in NRW!“ Damit fordert die Arbeitsgemeinschaft „Haus der offenen Tür NRW“ (AGOT) den Landtag von NRW auf, sich mit der Absicherung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit zu befassen mit dem Ziel, die Förderung aller jungen Menschen (im Sinne der §§ 11 – 13 SGB VIII) in NRW rechtsverbindlich zu gewährleisten. – Mit ihrem Entwurf zum Landeshaushalt 2004/2005 plant die Landesregierung eine Kürzung der Landesmittel für die Kinder- und Jugendhäuser in NRW um 60 %. AGOT sieht die Existenz vieler der über 2 400 Einrichtungen in NRW akut gefährdet. Nach ersten Berechnungen werden im nächsten Jahr rund 1.000 sozialpädagogische Fachkräfte arbeitslos. Neben den Mittelkürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhäuser sollen auch die Landesmittel für die Jugendverbände und die kulturelle Jugendbildung erheblich reduziert werden.

Die Initiatoren der Volksinitiative wollen nicht nur erreichen, dass die Kinder- und Jugendarbeit von den Kürzungen ausgenommen wird, sondern dass diese durch ein Landesgesetz von einer freiwilligen Leistung des Landes zu einer Pflichtleistung und damit die Arbeit auch dauerhaft gesichert wird.

www.volksinitiative-nrw.de

10. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag am 6./7. Dez.

KASSEL. Aus dem Programm: Samstag 12–14.45 Uhr, Vorträge: *USA-Europa: Kampf um die Weltherrschaft?* Prof. Dr. Arno Klönne, Paderborn. *Entmilitarisierung Europas.* Francis Würtz, Frankreich, GRUEL-Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament. *Abrüstung statt Sozialabbau.* Eva-Maria Stange, GEW-Vorsitzende. 15.15–17.30 Uhr, 9 Parallele Foren. 17.45–18.30 Uhr, Plenumsvortrag: *Medien als Wegbereiter von Kriegen.* Heinz Loquai, Meckenheim. Sonntag 9 Uhr, Planungsvortrag: *Die Münchner Sicherheitskonferenz – ein Fall für die Friedensbewegung?* Conrad Schuler, Mün-

chen. 9.45–11.30 Uhr: 9 parallele Arbeitsgruppen u. Workshops. 11.45 Uhr, Plenumsvortrag: *Irakkrieg und die Rolle der UNO.* Hans von Sponeck. 12.30–14 Uhr: *Podiumsdiskussion über die Perspektiven aus dem Irakkrieg* mit Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel, Dr. Corinna Hauswedell, BICC, Dr. Angelika Claußen, Bielefeld, stellv. Vorsitz. IPPNW, Dr. Thomas Roithner, ÖSFK, Wien/Stadtschlaining.

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Demonstration für ein Bleiberecht von afghanischen Flüchtlingen

HAMBURG. Die Bundesländer Hamburg und Hessen haben angekündigt, ab sofort afghanische Flüchtlinge nach Afghanistan abzuschicken. Allein in Hamburg sind 8.500 Menschen davon bedroht. Am 15.11.2003 demonstrierten etwa 3.000 AfghanInnen durch die Hamburger Innenstadt. Die häufigsten Parolen waren: Menschenrechte ja; Frauenrechte ja; Bleiberecht ja; Abschiebung nein; Duldung nein. Schon am 24.10.2003 hatte es eine Demonstration von etwa 2.000 Menschen in Hamburg gegeben. Für die nächsten Samstage sind weitere Demos ange-



Bild: <http://de.indymedia.org>

kündigt, deren Höhepunkt am 20.12.2003 sein soll. Marc März, persönlicher Referent des Hamburger Innensenators, hatte bereits Ende Oktober offiziell bestätigt, dass Hamburg beabsichtigt, zwischen der Innenministerkonferenz am 20./21.11.2003 in Jena und der im Mai 2004 mit Abschiebungen von Afghanen zu beginnen. PRO ASYL fordert von der Innenministerkonferenz eine klare Distanzierung von den rechtspopulistischen Profilierungsversuchen der Schill-Partei, die Angst und Schrecken unter Flüchtlingen verbreitet: „Die Hamburger Pläne sind zynisch vor dem Hintergrund der Faktenlage in Afghanistan. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes hat sich die Sicherheitslage für afghanische Staatsangehörige weiterhin landesweit nicht verbessert, in mancher Hinsicht sogar verschlechtert. Die Intensität des Krieges in Afghanistan übertrifft nach aktuellen Medienmeldungen die des Irakkrieges.“

www.proasyl.de

Die Regierungspolitik der SPD und der Grünen hat zu einer Verunsicherung ihrer Wählerinnen und Wähler geführt. Auch die PDS ist davon, vermittelt vor allem durch die Regierungsbeteiligung in Berlin, getroffen.

Was bei der SPD offensichtlich ist und bei der PDS mit dem Unterschreiten der 5% bei den Bundestagswahlen unübersehbar blieb, scheint die Grünen nicht zu treffen. Dennoch ist auch bei den Grünen der Einflussverlust in den sozialen und politischen Bewegungen auffällig.

Im kommunalpolitischen Bereich ist die Situation unübersichtlich. Hier stellt sich die Frage, ob linke Politik auf kommunaler Ebene überhaupt als Parteipolitik betrieben werden kann und ob es eine

Alternative zur Parteipolitik gibt. Zur Diskussion dieser Frage sind Ereignisse auf zwei verschiedenen Ebenen zu berücksichtigen. 1. Wie verhalten sich die Akteure im politischen Feld? 2. Wie sieht die Entscheidungsstruktur auf der Ebene der Wahlentscheidung aus?

Die Situation in Stuttgart, die in dem unten dokumentierten Aufsatz untersucht wird, gibt dazu Aufschlüsse. Die Stadt ist so groß, dass sich bei den letzten Kommunalwahlen das Spektrum der in der BRD gängigen linken Aktivitäten vollständig ausbilden konnte. Das Kommunalwahlrecht und die Auswertung der Abstimmung ermöglicht Rückschlüsse auf Zusammenhänge im Wählerfeld. Das Ergebnis nährt die These, dass die PDS

in jenem Walkampf nicht als Milieupartei funktioniert hat, sondern als Programmpartei. Als Programmpartei reagiert sie auf politische Potentiale, d.h. auf Ausprägungen der öffentlichen Meinung, die milieübergreifend artikuliert werden. Die Probleme der PDS bei den Bundestagswahlen würden sich dann zum Teil auch aus der programmatischen Unsicherheit ergeben, die zweifellos bestand. Für die jetzt anstehenden Europa- und auch die Kommunalwahlen wäre dann sehr wichtig, ob einen Zusammenhang zwischen den Programmaussagen der Partei und den kritischen Potentialen in der Gesellschaft besteht und ob es gelingt, linke kommunale Politik in diesem programmatischen Kontext zu formulieren.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2004

Was sich zusammen findet und was nicht

STUTTGART. Die PDS – offene Liste versucht bereits seit einiger Zeit auszuloten, wie sie ihren Wahlerfolg bei der Kommunalwahl von 1999 wiederholen und eventuell sogar mehr Stimmen bekommen kann und damit ein weiteres Mandat.

Bereits im Februar wurden die Kandidatinnen und Kandidaten vom letzten Mal sowie andere Personen, die die Liste 1999 unterstützt hatten, eingeladen, weiter mitzumachen. Die Mitglieder der Stuttgarter PDS beschlossen, das zu unterstützen und eine erneute Kandidatur anzustreben. Der Kreisverband begann, Gespräche zu führen, um herauszufinden, ob eine Kandidatur mit weiteren Gruppierungen und Personen möglich ist. Die Mitgliederversammlung hat allerdings darauf bestanden, dass der Name PDS bei einer solchen Kandidatur Bestandteil sein muss, um die Kontinuität der Arbeit im Gemeinderat deutlich zu machen.

Der PDS-Kreisvorstand hat an zahlreichen Treffen der „Kommunalpolitischen Initiative von unten“ teilgenommen, deren Einladungen und Teilnehmer aus ver.di-Gewerkschaftslinken, aus attac, aus dem Wasserforum, aus der DKP, aus der SAV, aus der Liste Partei los glücklich sowie der ödp stammen. Dabei verstehen sich die Teilnehmer nicht als Vertreter ihrer jeweiligen Organisationen, die Angaben sollen das Spektrum charakterisieren.

Bei dem letzten Treffen dieser Initiative am Montag, den 10. November, lag nun der von einer Kommission gemachte Vorschlag vor, die Liste unter dem Titel „Das andere Stuttgart & PDS“ zu bilden. Eine Mehrheit lehnte das aber ab, weil sie keine Parteien dabei haben wollen. Die PDS-Vertreter sehen damit ihre Bemühungen gescheitert; die nächste Kreismitgliederversammlung im Dezember

wird endgültig entscheiden; der Kreisvorstand will beantragen, als PDS – offene Liste zu kandidieren.

Warum ließen sich diese Strömungen, mit denen die PDS und die PDS im Gemeinderat in einer ganzen Reihe von Fragen zusammengearbeitet haben und bestimmt auch weiter zusammenarbeiten werden, nicht in einer gemeinsamen Wahlplattform zusammenfassen? Die Analyse des Wahlergebnisses der letzten Kommunalwahl in Stuttgart kann dafür Erklärungen liefern.

Wahlergebnisse 1999

Bei der letzten Kommunalwahl in Stuttgart haben eine ganze Reihe von kleinen Parteien, Initiativen und Gruppen kandidiert, bis auf die PDS alle erfolglos. Die Ergebnisse sind der Größe nach in der folgenden Tabelle noch einmal zusammengefasst.

Liste	Unterstützung aus dem Bereich:	Stimmen	Prozent
PDS	links	169.923	1,7%
Partei los glücklich	grün bis bürgerlich, Thema Stuttgart 21	146.583	1,4%
Ödp	grün-konservativ	145.665	1,4%
Junge Liste	eher links, Thema: Jugendliste	115.001	1,1%
SBL	eher rechts bis Faschisten, Thema: Mieter	54.495	0,5%
EDL	eher links, griechische Liste	47.720	0,5%
SEL	eher konservativ, griechische Liste	42.477	0,4%
Die Parteifreien	rechts bis Faschisten	41.199	0,4%
IDL	links, Bündnisliste aus der DKP/SAV etc.	32.836	0,3%
NPD/VR	Faschisten	16.658	0,2%
Bürgernahe Patrioten	Faschisten	4.301	0,0%

Listen-Querverbindungen

Hierzu können aus den Daten des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart zu den panaschierten Stimmen Schlüsse gezogen werden. (siehe Tabelle nächste Seite).

Zur Erläuterung: Panaschieren bedeutet, von den 60 Stimmen, die jeder Wahlberechtigte hat, werden nicht alle an die bevorzugte Liste vergeben, sondern eine

oder mehrere Stimmen an Kandidatinnen und Kandidaten anderer Listen. Der Wähler drückt damit aus, dass seine Übereinstimmung mit der Partei oder Gruppe, die er wählt, nicht vollständig ist. Er findet einen Kandidaten auf einer anderen Liste, den er vielleicht persönlich kennt, geeigneter. Oder er hat gewisse Kritik an den Zielen oder dem Handeln seiner Partei: die SPD ist nicht sozial genug, deshalb wähle ich einen von der PDS. Oder die Grünen sind für den Krieg, aus Protest wähle ich daher einen bei der PDS usw.

Was lässt sich aus dem Panaschieren beim Wahlergebnis 1999 beobachten? Interessant ist, dass die PDS für eine kleine Partei relativ wenige Stimmen durch Panaschieren gewonnen hat; nur knapp 16% aller Stimmen für die PDS stammen von Stimmzetteln anderer Parteien (zum Vergleich: bei den Freien Wählern waren

es mit 33% genau ein Drittel). Oder absolut: 26.625 Stimmen von insgesamt knapp 170.000 Stimmen der PDS stammen von Wählern anderer Listen. Umgekehrt hat die PDS bei ihren Wählern nicht sehr viele, die Kandidatinnen oder Kandidaten von anderen Listen gewählt haben. Bezogen auf die erreichte Stimmenzahl von ca. 170.000 mussten knapp 10% abgegeben werden, auch hier wieder zum

Anteil panaschierter Stimmen am jeweiligen Gesamtstimmergebnis für die PDS, ödp, Parteilos glücklich und IDL bei der Gemeinderatswahl 1999 in Stuttgart

Durch Panaschieren hinzugewonnene Stimmen (auf Stimmzetteln anderer Parteien wurden Kandidatinnen/Kandidaten hinzugefügt)

Partei	Stimmen		gewonnene Stimmen		von SPD		von Grünen		von CDU		von FDP und FWV		von REPs	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
PDS	169.923	100%	26.625	15,7%	8.890	5,2%	9.532	5,6%	1.837	1,1%	830	0,5%	909	0,5%
Parteilos	146.583	100%	40.886	27,9%	9.123	6,2%	13.013	8,9%	6.770	4,6%	4.149	2,8%	1.682	1,1%
ödp	145.665	100%	53.542	36,8%	12.585	8,6%	12.756	8,8%	15.475	10,6%	7.189	4,9%	1.496	1,0%
IDL	32.836	100%	10.594	32,3%	2.504	7,6%	2.919	8,9%	704	2,1%	379	1,2%	32	0,1%
			von ödp		von PDS		von Parteilos		von IDL		von Junge Liste		von Rest	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
PDS			393	0,2%	-	-	1.659	1,0%	1.133	0,7%	775	0,5%	667	0,4%
Parteilos			2.064	1,4%	1.864	1,3%	-	-	332	0,2%	833	0,6%	1.056	0,7%
ödp			-	-	408	0,3%	1.951	1,3%	32	0,0%	253	0,2%	1.397	1,0%
IDL			168	0,5%	2.232	6,8%	503	1,5%	-	-	381	1,2%	772	2,4%

Zur Interpretation: 15,7% aller PDS-Stimmen stammten von anderen Parteien; 5,2% aller PDS-Stimmen stammten von SPD-Listen, 5,6% von den Grünen usw.

Durch Panaschieren abgegebene Stimmen (auf dem Stimmzettel wurden Kandidatinnen/Kandidaten anderer Parteien hinzugefügt)

Partei	Stimmen		verlorene Stimmen		an SPD		an Grüne		an CDU		an FDP und FWV		an REPs	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
PDS	169.923	100%	16.545	9,7%	3.477	2,0%	4.797	2,8%	510	0,3%	580	0,3%	630	0,4%
Parteilos	146.583	100%	20.970	14,3%	3.044	2,1%	5.253	3,6%	1.850	1,3%	2.985	2,0%	1.266	0,9%
ödp	145.665	100%	22.666	15,6%	3.893	2,7%	5.379	3,7%	3.212	2,2%	4.364	3,0%	1.081	0,7%
IDL	32.836	100%	3.633	11,1%	585	1,8%	733	2,2%	123	0,4%	45	0,1%	5	0,0%
			an ödp		an PDS		an Parteilos		an IDL		an Junge Liste		an Rest	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
PDS			408	0,2%	-	-	1.864	1,1%	2.232	1,3%	963	0,6%	1.084	0,6%
Parteilos			1.951	1,3%	1.659	1,1%	-	-	503	0,3%	985	0,7%	1.474	1,0%
ödp			-	-	393	0,3%	2.064	1,4%	168	0,1%	884	0,6%	1.228	0,8%
IDL			32	0,1%	1.133	3,5%	332	1,0%	-	-	215	0,7%	430	1,3%

Zur Interpretation: Die PDS musste 16.545 Stimmen abgeben, das sind 9,7% der erzielten Stimmen. 2,0 % der PDS-Stimmen gingen an die SPD usw.

Vergleich die Freien Wähler, die 19% abgeben mussten. In absoluten Zahlen: PDS-Wähler haben 16.545 Stimmen an Kandidaten anderer Listen vergeben. Wie alle anderen kleineren Parteien und Gruppierungen hatte die PDS damit ein positives Panaschierungssaldo, also mehr Stimmen von anderen Listen gewonnen als abgegeben. Verluste beim Panaschieren hatten nur SPD und CDU.

Mit welchen Parteien hatte die PDS die stärksten Überschneidungen? Da sind an erster Stelle Wähler der Grünen (5,6% aller PDS-Stimmen stammen von Grün-Wählern), dicht gefolgt von Wählern der SPD (5,2%); immerhin kommen damit fast 11% aller Stimmen für die PDS aus dem Wählerfeld von Rot-Grün. Die Statistik bestätigt also die aus Gesprächen usw. gewonnene Beobachtung, dass ein Teil der Rot-/Grün-Wähler die PDS als Korrektiv bei der Sozialpolitik und als Antikriegspartei gewählt hatte.

Erfreulich gering sind die Überschneidungen mit den Rechten und Faschisten. Der sogenannte Protestwähler, dem es nur um Aufsehen und Aufschrecken der Etablierten geht, scheint sich bei der PDS nicht sonderlich wohl zu fühlen. Die Überschneidungen zwischen Rep und PDS sind gering gewesen; nur ein kleiner Prozentsatz der Rep-Wähler (0,5% der Stimmen) hat PDSler gewählt; nur ein kleiner Prozentsatz (0,4% der Stimmen) der PDS-Wähler hat Repler mitgewählt.

Die IDL, die Liste, auf der ebenso wie

bei der PDS DKP-Mitglieder kandidierten, hat von der PDS aus gesehen nicht viel an Stimmen (0,7%) gebracht. Betrachtet man es aber von der IDL aus, war die Stimmenspende von PDS-Wählern wichtig (6,8% aller IDL-Stimmen kamen von PDS-Wählern). Und viele IDL-Wähler wollten mit der Wahl von PDS-Kandidaten Übereinstimmung zum Ausdruck bringen (die IDL musste 3,5% ihrer Stimmen an die PDS abgeben). Hier bringt das Panaschieren politische Übereinstimmungen zum Vorschein und für einen Teil der IDL-Wähler wäre die PDS sicher eine Alternative gewesen. Es war also eine echte Spaltung im linken Lager, die der Wähler durch Panaschieren etwas abmilderte.

Gering dagegen sind die Übereinstimmungen mit der Liste Parteilos glücklich. Dass der Spitzenkandidat von Parteilos, Gangolf Stocker, PDS-Mitglied ist, hat sich im Wählerfeld kaum bis gar nicht bemerkbar gemacht. Weder haben besonders viele Parteilos-Wähler PDS gewählt (1,1% der Parteiloswähler panaschierten zur PDS, dagegen 3,6% zu den Grünen und selbst an die CDU und ödp gingen mit je 1,3% mehr Stimmen weg). Die Überschneidungen im Wählerfeld verorten Parteilos nach grün bis bürgerlich. Die Überschneidungen von Parteilos nach links sind schwach: wenige PDS-Wähler wählten Parteilos (1,1%). Bei der PDS waren die Präferenzen eher für Grüne und SPDler. Wie gering die Über-

schneidungen im Wählerfeld sind, wird daraus deutlich, dass sogar die sehr kleine IDL absolut mehr PDS-Stimmen erhielt als Parteilos.

Schließlich noch die ödp: Hier waren die wechselseitigen Übereinstimmungen mit der PDS erwartungsgemäß noch geringer. Die ödp liegt bei grün-konservativ.

Interpretation der Beobachtungen

Zurück zur Ausgangsfrage, warum das Bündnis zwischen der PDS und den in der Kommunalpolitischen Initiative vertretenen Strömungen trotz Bemühungen und Kompromissbereitschaft nicht zustande kam. Vermutlich sind die Unterschiede in den politischen Potentialen, die ausgeschöpft werden sollen und die sich zu Wählerfeldern gruppieren, doch zu groß. Übereinstimmung in einzelnen Politikpunkten kann dies nicht überbrücken. Die Wahlergebnisse vom letzten Mal für PDS einerseits und Parteilos sowie ödp andererseits sind dafür ein deutlicher Hinweis. Die PDS ist eine Partei der Linken, was Parteilos und ödp mit dem Wählerpotential bürgerlich- bzw. konservativ-ökologisch nicht sind.

Aber auch mit den neu hinzugetretenen Gruppen und Personen aus Gewerkschaftslinker und attac war eine Übereinkunft nicht möglich. Das könnte daran liegen, dass diese Bewegung vor allem Rotgrün zu einer anderen Politik bewegen will, und hier die PDS mit Blick-

➔ richtung aufs Wählerfeld von SPD und Grünen nur als störend empfunden wird. Ob diese Richtung dann allerdings mit Parteilos und ödp zusammenkommt, scheint mir doch fraglich. Vielleicht verführt die Zugehörigkeit zu ziemlich ähnlichen Milieus die Akteure dazu, Übereinstimmungen im Wählerfeld zu vermuten, die sich aber spätestens bei der Erstellung eines Programms manifestieren müssten. Warten wir's also ab. Jedenfalls war es für die PDS sinnvoll, die Chancen auszuloten, denn nur so konnten die Differenzen zu Tage treten.

Die Chancen der PDS mit ihrem Konzept der offenen Liste sind nicht schlecht, denn wenn die Beobachtungen der letzten Wahl und der Politikentwicklung seither zutreffen, liegen sie im wesentlichen nicht in bereits besetzten Wählerfeldern. Die PDS hat ihr eigenes Wählerfeld und erweitern kann sie es vor allem bei den Nicht- oder Nichtmehrwählern. Dafür spricht die geringe Überschneidung mit anderen.

Die PDS ist eine Partei der Linken. Ihre Wählerinnen und Wähler erwarten von ihr vor allem, dass sie den sozialen Gedanken stärkt und mit dem menschenrechtlichen verbindet. Partei des Demokratischen Sozialismus, das formuliert den Anspruch von gesellschaftlicher Verantwortung für das materielle Wohlergehen der Einzelnen in Übereinstimmung mit dem demokratischen Gedanken. Im politischen Bereich heißt das Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten, im persönlichen Bereich Emanzipation, Selbstbestimmung, Chancen und Gestaltungsfreiheiten. In ihrem jetzt gerade verabschiedeten Parteiprogramm hat die PDS diesen Anspruch neu formuliert.

Die Potentiale, die die PDS mobilisieren kann, sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Die PDS ist keine Milieupartei wie zum Beispiel die Grünen, auch wenn das bei der sehr kleinen Mitgliedschaft nicht immer deutlich wird. Die offene Liste mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten bei der letzten Kommunalwahl brachte aber doch zum Ausdruck, dass verschiedene Lebensbereiche und Lebensstile bei der PDS präsent sind, die trotzdem gemeinsame Ziele entwickeln können.

Rückblickend betrachtet hat sich diese Politik der PDS bewährt: Die Programmatik der PDS – offene Liste hat eine praktische Politik im Gemeinderat und aus dem Gemeinderat heraus ermöglicht in Zusammenarbeit mit Menschen aus den verschiedensten Bereichen. Das politische Potential für eine demokratisch-sozialistische Politik hat sich im Vergleich zu vor fünf Jahren mit den wachsenden gesellschaftlichen Problemen vergrößert. Daher sollte sich die PDS bemühen, auf noch breiterer Basis als beim letzten Mal ihre Programmatik zu entwickeln, die aufgrund der gemachten Erfahrungen bedeutend konkreter sein kann.

Alfred Küstler

Ausmaß der Privatisierungen. BERLIN. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wertete aktuelle Beteiligungsberichte deutscher Großstädte aus und stellte so einen ersten Überblick über Art und Ausmaß von Privatisierungen in Großstädten – insbesondere in den Ver- und Entsorgungsbereichen Wasser und Energie sowie im ÖPNV – her. In die Untersuchung gingen 36 Beteiligungsberichte ein, darunter die der 30 größten deutschen Städte. Einige Ergebnisse im Einzelnen:

- Durchschnittlich unterhält jede der untersuchten Städte 84,3 inländische Beteiligungen und 4,9 ausländische. Die Spanne reicht dabei von 404 Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg bis zu elf Beteiligungen der Landeshauptstadt Kiel.

- Die mit Abstand am häufigsten genutzte Rechtsform für kommunale Beteiligungsunternehmen ist mit 75,7 Prozent die der GmbH, gefolgt von der GmbH & Co. KG mit 6,8 Prozent sowie der Aktiengesellschaft mit 6,1 Prozent. Danach folgen die beiden öffentlich-rechtlichen Formen des Eigenbetriebs (4,8 Prozent) und des Zweckverbands (1,9 Prozent).

- Betrachtet man nur die 31 als „Stadtwerke“ ausgewiesenen Beteiligungen, so wird deutlich, dass 16 dieser 31 Stadtwerke zu 100 Prozent in kommunalem Besitz sind. Bei 15 Stadtwerken der größten deutschen Kommunen halten Dritte Anteile. Von diesen wiederum sind in einem Fall lediglich andere Kommunen am Stadtwerk beteiligt, so dass insgesamt 14 (oder 45 Prozent) der untersuchten Stadtwerke in den großen Städten einen privaten Anteilseigner haben.

- Bei knapp einem Viertel der erhobenen Beteiligungsunternehmen (23 Prozent) ist der formale Einfluss der Kommunen unbestreitbar, da die Kommunen direkt und mit Mehrheit an ihnen beteiligt sind. Bei den anderen kommunalen Beteiligungsunternehmen (77 Prozent) ist dieser Einfluss zumindest fraglich, da diese nicht direkt und über einen Mehrheitsanteil von der Stadt kontrolliert werden können.

www.difu.de/presse/031112-tabellen

Leasingmodelle für Schulgebäude.

KÖLN. CDU und Grüne haben offensichtlich Gefallen gefunden am Leasing-Geschäft, auch wenn es bisher nicht so richtig geklappt hat (Cross-Border-Leasing). Neuester Vorschlag, den beide Parteien als Antrag in die nächste Ratssitzung am 20.11.03 geben wollen: Die Sanierung von Schulgebäuden soll nach dem Modell des Private Public Partnership (PPP) umgesetzt werden. D.h. die Stadt zahlt einen kräftigen Betrag („mietähnlich“) an den Investor. Und was leistet der Investor? Anscheinend nichts. Die Ver-

pflichtungen des Investors wurden im Antrag einfach vergessen. Dort heißt es: „Der Investor übernimmt im Gegenzug für einen längerfristigen Zeitraum als Dienstleister für Sanierung, Bauunterhaltung und Betrieb bis hin zur Reinigung.“ Ja, was übernimmt er denn, fragt der Leser unwillkürlich. Fehlanzeige. Und was geschieht bei Vertragsstörungen? Auch darauf antwortet der Antrag nicht. Stattdessen wird die Notwendigkeit gesehen, der Stadt für so ein „komplexes Verfahren“ ein erfahrenes Bauunternehmen als Begleiter zur Seite zu stellen. Und schon wieder zahlt die Stadt. Der Bildungspolitische Sprecher der PDS Offenen Liste, Michael Kellner dazu: „Dieser Antrag ist ein Skandal. CDU und Grüne sollten endlich die Finger vom Leasing-Geschäft lassen. Schließlich sind Schulen öffentliche Bereiche, für die die Stadt die Verantwortung hat und auch weiterhin tragen sollte.“ www.pds-koeln.de/ratsgruppe

Für Erhalt der Stadtteilbüchereien.

GOSLAR. Bezüglich der Stadtteilbüchereien hat zwar zuletzt am 8. Oktober ein Gespräch zwischen Stadt und Förderverein Stadtteilbücherei Jürgenohl stattgefunden, letztlich aber keine begründete Hoffnung auf einen Erhalt gebracht. In drei „Sozialgipfeln“ hat auch der DGB-Ortsverband Goslar Betroffene an einen Tisch gebracht, um die Lage zu erörtern. In diesem Zusammenhang wurde besonders die Gefahr einer Schließung der Stadtteilbüchereien durch „Austrocknung“ ohne formellen Ratsbeschluss erörtert und nach Möglichkeiten gesucht, dies zu verhindern. Allen Beteiligten ist klar, dass die Förderung des Lesens und der Erhalt öffentlicher Lesemöglichkeiten nicht erst seit der PISA-Debatte, sondern ganz grundsätzlich von großer sozialer und kultureller Bedeutung sind. Einhellig wurde auch die Notwendigkeit einer genaueren Information der Bevölkerung über diese sie direkt betreffenden Fragen gesehen. Zu diesem Zweck lädt die KULTURINITIATIVE GOSLAR zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung zur Lage der Stadtteilbüchereien am Dienstag, dem 27. November 2003 ein. Dort sollen *Vertreter aus Politik und Verwaltung zu den konkreten Planungen hinsichtlich der städtischen Büchereien sowie zu einem Konzept der Kulturinitiative zum Erhalt aller Stadtbüchereien Stellung nehmen, * Betroffene und interessierte Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit bekommen, ihre Fragen und Wünsche anzubringen und * die Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme der Bevölkerung auf solche Entscheidungen (z.B. durch Bürgerbegehren, -entscheid) erörtert werden. www.dgb-goslar.de

Zusammenstellung: baf

Bündnis für sichere Kommunalfinanzen:

www.dgb.de. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Wohlfahrtsverbände und der Deutsche Sportbund haben sich am Tag des Beratungsbeginns im Vermittlungsausschuss geschlossen hinter die deutschen Städte und Gemeinden gestellt und eine substantielle Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004 gefordert. Berlin, 13. 11.03

Reformen statt Kahlschlag!

www.staedtetag.de Deutschland braucht starke, lebenswerte Städte und Gemeinden. Dies gilt sowohl im Interesse der Menschen, die in den Kommunen leben, als auch im Interesse der Wirtschaft, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen ist. Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen. In den Kommunen entfaltet sich das soziale Leben, sie sind die Zentren des kulturellen Lebens, des Handels, der Dienstleistungen und die Standorte der Wirtschaft. Kommunen sind Orte der Kommunikation und der Integration, sie stiften Identität. Die Kommunen sind die wichtigsten Träger bürgernaher öffentlicher Dienstleistungen und lebensnotwendiger Infrastruktur. Die Menschen überall in Deutschland sind auf die Leistungspalette der Kommunen dringend angewiesen. Die finanzielle Basis dieser Aufgabenwahrnehmung der Kommunen ist weggebrochen. Die Städte und Gemeinden stecken in der schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Betroffen sind mittlerweile bundesweit nicht mehr nur strukturschwache, sondern auch viele andere Kommunen – mit sichtbaren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Investitionen befinden sich im freien Fall, die Sozialausgaben steigen und steigen. Selbst für die Instandhaltung von Sportstätten, Schulen und Straßen oder die Ausstattung von Bibliotheken ist seit Jahren kein Geld mehr vorhanden. Die kommunale Finanzkrise ist weit mehr als die Folge zurückgehender Steuereinnahmen in einer Konjunkturkrise. Ursache sind auch die Verschiebepahnhöfe, über die Bund und Länder Ausgaben auf die Kommunen abwälzen und die Steuern zu deren Lasten umverteilen. Der Anteil der Kommunen an den gesamten Steuereinnahmen ist von 14,0 Prozent im Jahre 1980 auf 11,9 Prozent im Jahr 2002 gesunken und wird 2003 weiter zurückgehen – gegenüber dem Anteil von 1980 gehen damit den Kommunen heute jährlich rund 10 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren.

Enttäuschte Hoffnungen: Die Reformbemühungen seit Anfang 2002

Die Städte und Gemeinden haben große Hoffnungen in die angekündigte Gemeindefinanzreform gesetzt. In diesen Hoffnungen drohen sie bitter enttäuscht zu werden. Sie sind verbittert, dass weder die Bundesregierung noch die Länder ihrer Verantwortung für die Kommunen gerecht werden wollen.

Wenn es bis zum 1. Januar 2004 keine nachhaltige Verbesserungen der Finan-

zen der Städte und Gemeinden geben wird, tragen Bund und die Länder die volle politische Verantwortung für die Konsequenzen des Scheiterns der Gemeindefinanzreform.

Konsequenzen eines Scheiterns der Gemeindefinanzreform: Kahlschlag zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger

Wenn nicht sofort gehandelt wird, droht bereits im nächsten Jahr ein beispielloser Kahlschlag bei den kommunalen Dienstleistungen. Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenarbeit, von der freien Kulturszene bis zum Kulturangebot auf Spitzenniveau müssen Leistungen in Frage gestellt werden. Die Ausstattung der Schulen wird sich weiter verschlechtern. Im Sport, in der Weiterbildung, in der Sozialarbeit werden Angebote reduziert werden. Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden weiter zurückgehen mit den Folgen des sichtbaren Verfalls und der Gefährdung von Unternehmen und Arbeitsplätzen in der örtlichen Wirtschaft. Wichtige Modernisierungsprojekte, die zu einem besseren Bürgerservice führen sollen, geraten in Gefahr. Durch erzwungenen weiteren Personalabbau muss der Service der kommunalen Verwaltungen zurückgefahren werden, obwohl das Gegenteil notwendig wäre.

Die Unterzeichner bekennen sich zur Strategie des Gender Mainstreaming. Der drohende Kahlschlag bei kommunalen Leistungen geht tendenziell stärker zu Lasten von Frauen als von Männern. Durch Rückverlagerung öffentlicher Aufgaben in den privaten Bereich wie Altenpflege und Kinderbetreuung werden insbesondere Frauen in die Pflicht genommen und vom Erwerbsleben ferngehalten. Kürzungen freiwilliger Leistungen betreffen in besonders hohem Maße Frauen. So stehen soziale Einrichtungen wie Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser vor dem Aus. Durch Schließungen sozialer Einrichtungen, die überwiegend Frauen beschäftigen, ergeben sich auch indirekte Beschäftigungswirkungen zu Lasten der Frauen.

Die Alternative: Reformen statt Kahlschlag

Die Kommunen brauchen eine substantielle Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004, es darf keine weitere Zeit verloren gehen. Sie müssen ihren Aufgaben entsprechend finanziell solide ausgestattet werden und ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Das ist nur über Reformen bei den Einnahmen und bei den Auf-

gaben und Ausgaben zu erreichen. Die Einnahmen der Kommunen müssen gestärkt und stabilisiert werden. Die Kommunen müssen gleichzeitig bei den Ausgaben – insbesondere bei den sozialen Transferleistungen – um mehrere Milliarden Euro entlastet werden.

Bund und Länder in der Pflicht

Bund und Länder sind gemeinsam in der Pflicht, die Gemeindefinanzreform zu einem Erfolg zu führen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Bundesrates stehen vor der Wahl: Entweder steht eine Zeit des Kahlschlags bevor, oder eine wirkliche Reform der Finanzbasis der Kommunen tritt zum 1. Januar 2004 in Kraft.



Kommunale Vertretungen berichten: Starke Beteiligung an der Aktionswoche zu Gemeindefinanz:

Flaggen, Bürgermeister-Demonstration, Mitarbeiterversammlungen, geschlossene Ämter

Mit Mitarbeiterversammlungen zur Finanznot in zahlreichen Stadt- und Gemeindeverwaltungen im gesamten Bundesgebiet ist am 7. November die Aktionswoche des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unter dem Motto „Reformen statt Kahlschlag“ zu Ende gegangen. Währenddessen waren zum Teil Rathäuser und andere kommunale Einrichtungen vorübergehend geschlossen oder hielten nur einen Notbetrieb aufrecht. Mit der Aktionswoche warnten die Städte und Gemeinden vor einem Scheitern der Gemeindefinanzreform und einem Kahlschlag bei den kommunalen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Bilanz der Woche zeigt eine rege Beteiligung der Kommunen: In rund 400 Städten und Gemeinden wurden Protestflaggen „Städte in Not“ gehisst. Rund 200 Oberbürgermeister und Bürgermeister, die eine Bevölkerung von mehreren Millionen Menschen vertreten, verlang-



→ ten in einer bislang einmaligen Bürgermeister-Demonstration am Mittwoch in Berlin eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und wandten sich entschieden dagegen, den Kommunen die Verantwortung für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aufzubürden.

Mitarbeiterversammlungen fanden zum Abschluss der Woche am Tage der Bundesratsverhandlungen zur Gemeindefinanzreform beispielsweise statt in Erfurt, Erlangen, Frankfurt/Oder, Halle an der Saale, Hannover, Heilbronn, Landshut, München, Nürnberg und Würzburg. In Frankfurt/Oder etwa hatten während dieser Zeit städtische Ämter, die Bibliothek, die Musikschule sowie Museen geschlossen und der öffentliche Nahverkehr ruhte um 11.55 Uhr für eine Minute. In Magdeburg gingen rund 300 Mitarbeiter gemeinsam mit Vereinen und

Verbänden auf die Straße, der Demonstrationszug wurde begleitet von 15 Müllabfuhrwagen und Kehrmaschinen, die Abfallentsorger machten ihrem Unmut durch ein lautes Hupkonzert und Rasseln Luft. In München demonstrierten die Beschäftigten der Stadtverwaltung im Rahmen einer gemeinsamen Kundgebung gegen die kommunale Finanznot mit zahlreichen Münchner Organisationen und Verbänden auf dem Marienplatz. Das weltbekannte Glockenspiel auf dem Marienplatz spielt heute nicht, sondern wurde aus Protest gegen die kommunale Finanznot schwarz verhüllt. Eine ähnliche Aktion fand auch in der bayerischen Gemeinde Amberg statt, wo der Marktplatz-Brunnen mit einem schwarzen Tuch verhüllt wurde. Auch in dieser Gemeinde blieben die Museen geschlossen, die Stadtbibliothek hatte nur

bis zum Mittag geöffnet und die Rathausuhr zeigte den ganzen Tag „fünf vor zwölf“ an.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth aus Frankfurt am Main, und der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Schramm, erklärten, die Aktionswoche habe im ganzen Land vor Augen geführt, dass die finanzielle Not der Städte und Gemeinden rasch bekämpft werden müsse. „Die Stunde der Wahrheit schlägt in den nächsten Wochen im Vermittlungsausschuss. Dann wird sich zeigen, wie weit Bund und Länder die Zukunft der Kommunen tatsächlich zu sichern bereit sind“, sagten Roth und Schramm: „Es muss jetzt dringend gehandelt werden, damit unsere Städte und Gemeinden lebenswert bleiben. Wenn Bund und Länder zum 1. Januar 2004 keine nachhaltige Hilfe erreichen, ist der Kollaps vieler Kommunen vorprogrammiert.“

In der Aktionswoche gab es in vielen Städten und Gemeinden auch individuell geplante Protestaktionen. So hatte die Bamberger Stadtverwaltung die Lichter des Alten Rathauses ausgeschaltet, die Stadt Essen nannte ihr Rathaus für die Dauer der Aktionswoche in „Kassa blanko“ um und reichte dazu Wasser und Brot. Wuppertal sammelte bei den Bürgern „1 Cent für Berlin“ zur Fortbildung von Bundespolitikern, damit sie den Kommunen nicht immer neue Aufgaben aufbürden. In Herne spielten Oberbürgermeister und Dezernenten Lotto, um das leere Stadtsäckel zu füllen. Köln schrieb die Forderung „Reformen statt Kahlschlag“ zeitweise auf die Tafeln des Verkehrsleitsystems und plakatierte Bilder des ausgetrockneten Rhein-Flussbettes unter der Überschrift „Ebbe in den Kassen“. Im sachsen-anhaltinischen Kreis Jerichoer Land, gingen sogar etliche Bürgermeister symbolträchtig ins Wasser, um so auf die Geldnot ihrer Gemeinden hinzuweisen.

7.11.2003, www.dstgb.de

www.verdi.de/gemeindefinzen

Mit überwältigender Mehrheit hat der ver.di-Bundeskongress am 25. Oktober 2003 den Antrag „ver.di für stabile und solidarische Gemeindefinzen 2004“ beschlossen.

Der Bundeskongress beschließt:
ver.di-Forderungen an die Politik
ver.di fordert:

- *bei der Gewerbesteuerreform:*
 - die stärkere Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente in die Bemessungsgrundlage einer lokalen wirtschaftskraftbezogenen Steuer (Gemeindegewerbesteuer);
 - die Einbeziehung von Freiberuflern und Selbstständigen in die Steuerpflicht, allerdings flankiert durch sozial gerechte Freibeträge und Tarifgestaltung;
 - eine stärkere Beteiligung der großen Kapitalgesellschaften an der Finanzierung kommunaler Infrastruktur;
 - Beibehaltung des kommunalen Hebesatzrechtes und damit Stärkung des Interessenbandes zwischen Kommune und lokaler Wirtschaft;

- die Senkung der Gewerbesteuerumlage
- *bei der Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe:*
 - keine Abschaffung der Arbeitslosenhilfe;
 - keine Leistungsreduzierungen für Haushalte von Arbeitslosenhilfeempfängern;
 - keine Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen
 - Beteiligung der Beschäftigten der Bundesanstalt für Arbeit und ihrer Personalvertretungen und Gewerkschaften an den geplanten gravierenden Umstrukturierungsplänen;
 - die Konkretisierung der Zuständigkeiten, Aufgaben und Rechte der kommunalen Träger und der Bundesanstalt für Arbeit;
 - als Gesamtentlastung für die Kommunen.

„Wir wollen und müssen mobil bleiben“

Anfang November haben arbeitslose Mitglieder der Berliner Gewerkschaften eine Kampagne für ein ermäßigtes Arbeitslosenticket in Berlin begonnen.

Wenige Wochen zuvor war bekannt geworden, dass der rot-rote Senat in Berlin seine Zuschüsse für das ermäßigte „Sozialticket“ für Sozialhilfebezieher/innen zum 1.1.2004 einstellen wird. Da gleichzeitig auch die allgemeinen Zuschüsse des Landes Berlin für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) drastisch gesenkt werden, werden Menschen, die am unteren sozialen Rand leben, in Berlin ab nächstes Jahr mehr als doppelt so viel wie bisher für eine Monatskarte (statt bisher 22,40 Euro künftig ca. 56 Euro) bezahlen müssen. Versuche der Sozialsenatorin Heidi Knacke-Werner, in Verhandlungen mit der BVG noch eine andere Lösung zu finden, scheiterten vor ein paar Tagen.

Gleichzeitig wächst die Sorge unter den Berliner Arbeitslosen, dass im nächsten Jahr auch das zweite verbilligte Ticket in Berlin, das sogenannte „A-Ticket“, wegfällt wird. Dieses Ticket (Monatskarte 38 Euro statt 56 Euro) gilt ohnehin nur für Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe und nur im innerstädtischen Tarifbezirk AB. Seine Verlängerung bis 30.6.2004 wurde im Sommer dieses Jahres bekannt. Was dann, also ab 1.7.2004 geschieht, zumal vor dem Hintergrund der dann aufgehobenen Arbeitslosenhilfe und ihrer Ersetzung durch das geplante neue „Arbeitslosengeld II“, ist bisher völlig offen.

Schon jetzt leben in Berlin 265 000 Menschen auf Sozialhilfe-Niveau (30.6.2003). Durch die geplante Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf dieses Niveau im nächsten Jahr wird ihre Zahl, so Schätzungen des DGB, in Berlin auf 400 000 Personen ansteigen. Jeder achte Mensch in Berlin lebt dann auf Sozialhilfe-Niveau.

Der „Koordinierungskreis gewerkschaftlicher Erwerbslosenarbeit in der DGB-Region Berlin“ (KOK) – das ist der Arbeitskreis der gewerkschaftlichen Arbeitslosen Gruppen von IG Metall, ver.di, IG BAU, GEW, NGG und anderen – wendete sich deshalb in der letzten Woche in einem Brief an alle verkehrspolitischen Sprecher/innen der Fraktionen im Abgeordnetenhaus. In dem Schreiben, das gleichzeitig an den Senat, an Verkehrsbetriebe, Wohlfahrtsverbände, andere Arbeitslosengruppen und die Presse gegeben wurde, heißt es:

„Die Streichung des Landeszuschusses für das Sozialticket der BVG und die Sorge, was 2004 aus dem ermäßigten Ticket für BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe wird, veranlassen uns zu diesem Schreiben. Die erwerbslosen Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt werden in Zukunft aufgrund der Reformvorhaben in „Hartz IV“ zusätzlich belastet ... Wir können nicht auf der einen Seite immer

weiter sinkende Einkommen verkraften und auf der anderen Seite immer weiter steigende Fahrpreise bezahlen. Deshalb wenden wir uns an Sie. Unsere Forderung lautet: Alle Berliner Erwerbslosen benötigen ein ermäßigtes Arbeitslosenticket, das der Senat zusammen mit den im VBB zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen einrichten soll.“

Wenige Tage zuvor hatte das Landesverfassungsgericht den Berliner Landeshaushalt 2002/2003 als „verfassungswidrig“ eingestuft hatte, da die Neuverschuldung über den Investitionsausgaben liege. Das Urteil hat hektische Aktivitäten beim Senat und im Abgeordnetenhaus ausgelöst. Der nächste Haushalt für die Jahre 2004/2005, der eigentlich bis Mitte November verabschiedet sein sollte, wird seitdem in allen Punkten noch einmal auf weitere „Einsparungen“ überprüft – vermutlich erneut vor allem im sozialen Bereich. Die Gewerkschafter/innen weisen deshalb auf das Urteil hin, lehnen es aber als „Argument“ für die Verweigerung eines Arbeitslosentickets mit Verweis auf andere Städte ausdrücklich ab:

„Wir wollen und müssen mobil bleiben. Wir kennen die finanzielle Situation des Landes Berlin. Aber ein ermäßigtes Ticket für Arbeitslose ist kein ‚Ausstattungsvorsprung‘. In Hamburg, Köln, Bielefeld, Münster, Frankfurt/Main, Leipzig, Potsdam, Schwerin, Rostock, Greifswald, Dresden und anderen Städten gibt es ein solches Ticket.

Sie fordern: „Personengruppen mit niedrigerem Einkommen dürfen nicht von der Mobilität in dieser Stadt ausgegrenzt werden.“

Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, haben die ersten Arbeitslosen Gruppen mit der Sammlung von Unterschriften für ein solches ermäßigtes Arbeitslosenticket begonnen. Die Kampagne wird vermutlich bis Sommer 2004 dauern – also weit über den nächsten 1. Mai hinaus –, solange, bis eine Lösung gefunden ist.

„Wir würden uns freuen, wenn Sie uns bis Ende November ihre Position zu einem einheitlichen Arbeitslosenticket bzw. Sozialticket mitteilen.“

Der Auftakt ist ermutigend. Zwei Zeitungen („taz“ und „Neues Deutschland“) berichteten über die Forderung. Allein die in der IG Metall organisierten Arbeitslosen sammelten innerhalb von knapp zwei Wochen bei Ständen vor Berliner Arbeitsämtern fast 600 Unterschriften für ein solches Ticket. Zusammen mit den Unterschriften, die andere Erwerbslose gesammelt haben, dürften die ersten tausend Unterschriften bald beisammen sein.

rül

Bauindustrie (HDB) wehrt sich nicht gegen Subventionskürzung. – HB, Freitag/Samstag, 7./8.11.03. Die Bauindustrie will sich bei grundlegender Reform der Einkommensbesteuerung einer drastischen Kürzung von Subventionen einschließlich der Eigenheimzulage nicht widersetzen. „Wir müssen feststellen, dass viele Unternehmen inzwischen die Grundsatfrage stellen, ob sie überhaupt noch in Deutschland investieren sollen“, so M. Knipper, Hauptgeschäftsführer des (HDB). Kernbaustein für den dringend nötigen politischen Aufbruch sei ein einfaches und transparentes Steuersystem. Im Gegenzug sei die Bauindustrie bereit, über alle Subventionen zu reden. Knipper tritt ein für die Vorschläge von F. Merz (CDU), die radikale Senkung des Steuersatzes vorsehen. Vor allem der Wirtschaftsbau leidet unter Investitionszurückhaltung.

Einzelhandel zittert ums Weihnachtsgeld. – Die Diskussion um das Weihnachtsgeld „sorgt für neue Verunsicherung unter den Verbrauchern“, fürchtet H. Pellengahr, HDE-Sprecher. Wenn Unternehmen und Arbeitgeber aus dem öffentlichen Dienst das Gehaltsextra vor Weihnachten kürzen, falle der Jahresendspurt, auf den der Handel dringend hofft, mau aus. Arbeitnehmer von Karstadt, Kaufhof und Otto erhalten reduziertes Weihnachtsgeld, dafür aber einen zusätzlichen Warengutschein, im eigenen Unternehmen einzulösen.

Gesamtmetall verlangt tarifliche Öffnungsklauseln bei Arbeitszeit. – „Hier brauchen wir mehr Spielraum – vor allem nach oben“, so Gesamtmetall-Präsident M. Kannegeiser. Die Kündigung der Manteltarifverträge sei nicht notwendig, man setze zunächst darauf, in der Lohnrunde ein Einvernehmen zu erreichen.

Wirtschaft betrachtet Lehrstellenumlage als verfassungsfeindlich. – HB, Donnerstag, 13.11.03. Gegen die Umlage kämpft der DIHK vehement: Die Befreiung von Branchen, die die Ausbildungsfinanzierung tarifvertraglich regeln, könnte dazu führen, dass Betriebe nicht zahlen müssen, selbst wenn sie nicht ausbilden. D. Philipp, Präsident des ZdH, beklagt, dass nicht einmal die Hälfte der persönlich eingeladenen Bewerber zum Vorstellungsgespräch erschienen sei. Trotz beispielloser Rezession sei es im Handwerk gelungen, die Ausbildungsquote bei 10 % zu halten. (HB, 7./8.11.03). Die IHK Koblenz plant Klage zu erheben wegen absehbarer Ungleichbehandlung der Betriebe.

Presseauswertung: rst

Miteinander für eine andere Politik! – Konzeption für den Europawahlkampf der PDS 2004 (Wahlstrategie)

Beschluss des PDS-Parteivorstandes vom 11. Oktober 2003

Auszüge

Denen ganz unten und auch jenen, die derzeit an den sozialen Abgrund gedrängt werden, bedingungslos beizustehen, mit ihnen und für sie um ihre Rechte zu kämpfen, ist die erste Aufgabe einer sozialistischen Partei: für den Anspruch aller auf Arbeit, die sinnvoll ist und ernährt, für ordentliche Bildung, für Sicherheit im Alltag, in der Not und im Alter, für Solidarität und Schutz, für ein bisschen Wohlstand. Und nicht zuletzt für Frieden hier und für die Menschen in der Welt. Was jeder weiß und kaum noch jemand ausspricht, sagt die PDS: Warum das alles nicht geht, hat einen einfachen Grund – es gibt Menschen, die am längeren Hebel der Macht sitzen. Es gibt immer die, die das große Geld haben. Und es gibt immer die, denen es völlig egal ist, was aus den andern wird. Die Rebellion gegen diese Zustände und ihre Änderung waren und sind der Grund der Existenz der PDS. ...

6. Strategie der PDS

Der Europawahlkampf der PDS 2004 wird als Bestandteil einer umfassenden Strategie des Parteivorstandes für die perspektivische Entwicklung der Partei und für die Auseinandersetzung mit der antisozialen Abbaupolitik der Unternehmerverbände, der „rot-grünen“ Bundesregierung und der CDU/CSU und FDP geführt werden. Er wird eng mit den Kommunalwahlkämpfen und den Landtagswahlkämpfen 2004 der PDS verbunden werden. Der Parteivorstand beauftragt das zentrale Wahlbüro der PDS, diese Verknüpfungen konsequent zu realisieren. Die PDS tritt mit einer Bundesliste zu den Wahlen an. Die Liste ist offen. Ein für die Wählerinnen und Wähler attraktives personelles Angebot der PDS, Verpflichtung gegenüber dem Europawahlprogramm der PDS, überzeugendes linkes Engagement, europapolitische Kompetenz sind die Prinzipien für die Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern ...

Als zentrale Wahlkampfthemen wählt die PDS

erstens das Versagen der Bundesregierung mit all seinen Facetten (Zerstörung der sozialen und solidarischen Sicherungssysteme; wirtschaftliche Krise und verschärfte Massenarbeitslosigkeit; völliges Scheitern in der „Chefsache Ost“; Inkonsequenz und Doppelzüngigkeit in der Friedens- und Sicherheitspolitik); deshalb: Die PDS will einen politischen Richtungswechsel in Deutschland und in der Europäischen Union! zweitens das Ja der PDS zu „Europa“, zu einer supranationalen Europäischen Union, zur weiteren Integration, zu ei-

ner demokratischen und sozial orientierten Verfassung sowie zur EU-Erweiterung und unsere ebenso eindeutige Kritik an der unsozialen und bürokratischen Realität der EU und an ihrer Militarisierung, drittens die Position „EU-Verfassung nur mit Volksentscheid“, viertens unsere konsequente Forderung nach einer friedlichen deutschen und europäischen Außenpolitik und fünftens die Rückkehr der PDS auf die bundespolitische Bühne.

An letzterem wäre das entscheidende Alleinstellungsmerkmal festzumachen: Mit der PDS kehrt die (einzige) Partei der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Protestes in die Politik zurück. Die soziale Frage als Frage nach sozialer Gerechtigkeit und nach sozialer Sicherheit ist der Dreh- und Angelpunkt der Thematisierung. Die PDS wird in ihrer Kommunikation und den Wahlkämpfen 2003/2004 dieses Thema mit scharfer Kritik an der Bundesregierung (und an den entsprechenden Vorschlägen von CDU/CSU und FDP) besetzen, aber nicht als Angstmake, nicht mit einer hysterischen Dramatisierung, sondern zugleich positiv: Wir sind die einzige Partei, die nicht pessimistisch ist, die nicht sagt, alles muss schlechter werden. Wir haben Vertrauen und realistische (realisierbare) Vorstellungen, dass es möglich ist, die Gesellschaft und die Welt zu verbessern, dass Menschen besser leben können, denn dafür arbeiten sie ...

Das politische und werberische Erscheinungsbild der PDS: Die PDS geht als moderne sozialistische Partei in die Wahlkämpfe 2004. Vor allem anderen bedeutet das eine uneingeschränkte, ernsthafte (und selbstkritische) Hinwendung zu den realen Interessen, Erfahrungen, Hoffnungen und Sorgen der Wählerinnen und Wähler. Unsere Haltung: Wir haben verstanden, gelernt. Wir haben Personen, Ideen, eine Haltung, die es lohnen lassen, mit uns ins Gespräch zu kommen. Wir bieten Partizipation und Kommunikation an. Unsere Botschaft: Wir sind wieder da! Wir sind zurück bei den Wählerinnen und Wählern, in der realen Gesellschaft ...

Das sind unsere Botschaften: Deutschland und Europa brauchen grundlegende Reformen. Reformen sind nicht sozialer Kahlschlag und sozialreaktionäre Sparprogramme. Die sind nur das Roll Back ins 19. Jahrhundert. Reform – das ist die nachhaltige Erneuerung der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit. Reform – das ist eine Politik nicht gegen und ohne die Menschen, sondern eine Politik, die die Menschen selbst mitentscheiden können. Wir sagen: Miteinander für eine andere Politik!

Wir greifen die berechnete Unzufriedenheit der Bevölkerung vor allem mit plausiblen, realisierbaren Forderungen und Alternativen auf. Wir werden uns natürlich zuerst mit der Regierung anle-

gen. Frieden, Soziales, Arbeit und Wirtschaft, die Menschen brauchen eine andere Politik. Im Mittelpunkt des PDS-Wahlkampfes steht der Streit um eine andere Politik in der Gesellschaft und in Europa überhaupt. Es geht anders. Es gibt Alternativen zur unsozialen Politik von Regierung und konservativer/neoliberaler Opposition. Diese andere Politik ist möglich!

Wir wollen das lähmende Kartell der großen Koalition der etablierten Parteien, von neoliberaler Ideologie und Politik in Deutschland und Europa aufbrechen. Nach dreißigjähriger und zunehmender Durchsetzung und Herrschaft des globalen Neoliberalismus und zum Zeitpunkt der Kapitulation der SPD vor ihm hat der geistige und politische Streit um seine Zurückdrängung und einen gesellschaftlichen Richtungswechsel wirksam begonnen. Das braucht eine Partei, die die Gemütlichkeit der neoliberalen Bequemlichkeit stört und zerstört. Die PDS ist diese Partei ...

Die PDS ist eine proeuropäische Partei. Sie befürwortet die Erweiterung der EU, eine soziale und demokratische europäische Verfassung und die Vertiefung der europäischen Integration. Sie kritisiert zugleich scharf den anhaltenden Mangel an Demokratie, das Zuviel an Bürokratie in der EU und vor allem die marktliberale und monetaristische Realität der europäischen Politik. Die PDS will ein anderes und ein demokratisiertes Europa – ein Europa der Menschen, eine europäische Sozial- und Umweltunion, eine konsequente europäische Antikriegspolitik, eine zivile, völker- und menschenrechtlich orientierte europäische Alternative zum militaristischen globalen Vorherrschaftsanspruch der USA. Ein anderes Europa ist nötig, ein anderes Europa ist möglich.

Nein, wir wollen nicht ein bisschen Antikriegspolitik, wir wollen die ganze. Wir wollen keine präventiven Kriege, sondern die Prävention des Krieges! Wir wollen nicht etwas weniger Zerstörung der UNO und ihrer Charta, wir wollen ihre Stärkung. Wir wollen nicht europäische Aufrüstung als Alternative zur US-amerikanischen, wir wollen Abrüstung. Wir wollen keinen Krieg gegen den Terror, gegen Völkermord, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und gegen Diktatur, wir wollen den demokratischen und zivilen Kampf gegen ihre Ursachen, wir wollen das weltweite Verbot aller Massenvernichtungswaffen und Waffenausporte, eine konsequente und unteilbare Menschenrechtspolitik, eigenständige ökonomische, kulturelle, gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten der Länder des Südens, den globalen ökologischen Umbau und ein freies, unabhängiges und demokratisches Palästina.

Zusammenstellung: jöd, uld

Kunst als Waffe im Klassenkampf

Hans Waschkau

Dieser Beitrag geht zurück auf den Philosophiekurs der Winterschule der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ Anfang 2003, wo die Themen Kunst und Ästhetik behandelt wurden. Dies sollte ein Einstieg in das Thema Medien sein und wurde in der Sommerschule mit einer Auseinandersetzung über Massenmedien fortgesetzt. Da der Autor gerade dabei ist, sich ein Verständnis über Funktionieren und Wirkungsweise von Kunst zu erarbeiten, wird hier das Thema der Winterschule behandelt – aus Zeitgründen geschieht dies leider erst nach der Sommerschule. In der Winterschule wurden Texte von Friedrich Schiller¹, Pierre Bourdieu und Niklas Luhmann² bearbeitet.

In diesem Beitrag sollen die Überlegungen zur Kunst aus dem 1979 erstmals erschienenen Werk „Die feinen Unterschiede“³ des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1930–2002) vorgestellt werden. Dabei geht es um die Rolle, die Kunst und Ästhetik für die Gestaltung des sozialen Raumes spielt. Bourdieu analysiert darin das damalige Frankreich. Hilfreich für das Verständnis ist der im Frontispiz der deutschen Ausgabe abgedruckte Hinweis von Joachim Weiner: „Auch wenn in unserem Land die Kultur einen weitaus geringeren Stellenwert hat als in Frankreich und die westdeutschen Klassenunterschiede weniger augenscheinlich sind als die französischen, sind doch die Strukturen der Distinktion überraschend ähnlich.“

Gesellschaft als Raum sozialer Positionen sowie als Raum von Lebensstilen

Bourdieu's Beschreibung des sozialen Raumes⁴ war bereits mehrmals Thema in dieser Zeitschrift. Während die marxistische Bestimmung der Klassen die Menschen sozial danach einteilt, welche Stellung sie im Produktionsprozess des Kapitals einnehmen, beschreibt Bourdieu die Gesellschaft als einen Raum sozialer Positionen sowie auch als einen Raum von Lebensstilen, die diesen Positionen entsprechen. Menschen mit gleicher Position und damit auch mit gleichem Lebensstil sind sich so ähnlich, daß sie zusammen eine soziale Gruppe oder ein Milieu bilden, in dem sich alle untereinander als gleichartig erkennen.

Welche Position ein Mensch im sozialen Raum einnimmt, richtet sich zum einen nach der Höhe des angehäuften ökonomischen Kapitals in seinem Besitz. Für genauso wichtig zur Bestimmung einer sozialen Position hält Bourdieu aber das von der jeweiligen Person erworbene kul-

turelle Kapital. Dabei handelt es sich um Fähigkeiten, die im Elternhaus, in Schule, Hochschule u.ä. erworben – oder auch nicht erworben – wurden. Damit spielt bei Bourdieu Kapital für die Gestaltung der Gesellschaft eine zentrale Rolle. Bourdieu charakterisiert also – wenn auch ganz anders als Marx hundert Jahre früher – die Gesellschaft als kapitalistisch. Sowohl Marx wie auch Bourdieu analysieren gesellschaftliche Klassen, bestimmen diese aber unterschiedlich. Daraus erklärt sich, warum es in der von Marx beschriebenen Klassengesellschaft deutlich zwanghafter zugeht als im sozialen Raum von Bourdieu.

Zuordnung von sozialer Position und Milieu über Habitus und Geschmack

Marx analysiert einen ökonomischen Prozess, in dem die Menschen Rollen spielen müssen, die durch die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals festgelegt sind und daher für eigenes Handeln kaum Spielraum lassen – „Charaktermasken“ nennt Marx Menschen in derartigen Rollen. Bourdieu dagegen betont den individuellen Anteil (den Habitus), den jeder bei der Ausgestaltung seines Lebensstiles hat, durch den er sich dennoch einem bestimmten Milieu zuordnet und zuordnen lässt. Dass es möglich ist, einen Menschen über ein individuelles Verhalten als Mitglied eines Milieus zu identifizieren, macht Bourdieu plausibel am Beispiel der Handschrift: Jeder Mensch hat eine ganz individuelle Handschrift, dennoch werden die Buchstaben von allen Menschen des gleichen Kulturkreises als gleiche Zeichen erkannt.

Bourdieu zählt einige Merkmale auf, mit denen die Zuordnung eines Menschen zu einem Milieu möglich ist: „... in den ‚Eigenschaften‘ (und Objektivationen von ‚Eigentum‘), mit denen sich die Einzelnen wie die Gruppen umgeben – Häuser, Möbel, Gemälde, Bücher, Autos, Spirituosen, Zigaretten, Parfumes, Kleidung – und in den Praktiken, mit denen sie ihr Anderssein dokumentieren – in sportlichen Betätigungen, den Spielen, den kulturellen Ablenkungen – ist Systematik nur, weil sie in der ursprünglichen synthetischen Einheit des Habitus vorliegt, dem einheitsstiftenden Erzeugungsprinzip aller Formen von Praxis“.⁵ Die von Bourdieu festgestellte feste Zuordnung von sozialer Position und Lebensstil erfolgt über den Geschmack, der „bewirkt, dass man hat, was man hat, weil man mag, was man hat ...“⁶ Dadurch kommen die „den immanenten Regelmäßigkeiten einer Soziallage angepaßten Praxisformen“ zustande sowie „Entscheidungen“, die der gegebenen sozialen Lage ... im vorhinein angepaßt sind“.⁷

Kunstgeschmack als kulturelles Kapital

Der soziale Raum Bourdieus ist hierarchisch angeordnet: Höheres ökonomisches oder kulturelles Kapital führt zu einer höheren sozialen Position. Und Menschen in einer hohen sozialen Position wollen diese auch demonstrieren. Bourdieu widmet die gesamte Einleitung des hier behandelten Werkes der Frage, warum dies besonders gut mit Hilfe von Kunst möglich ist. Der Grund dafür ist darin zu suchen, dass Kunst (bzw. der Kunstgeschmack) nicht nur Bestandteil des ausgedrückten Lebensstils ist, sondern auch in den Bereich des kulturellen Kapitals gehört⁸ und „kulturellen Adel“⁹ verleihen kann.

Bourdieu charakterisiert die herrschende Definition der legitimen Aneignung von Kultur und Kunst als „charismatische Ideologie, die Geschmack und Vorliebe für legitime Kultur zu einer Naturgabe stilisiert“¹⁰. Favorisiert werden dadurch „diejenigen, die frühzeitig, im Schoß einer kultivierten Familie und außerhalb der Schule und deren fachgebundenem Lernen zur legitimen Kultur kommen“, da der „Naturgabe“ auf diese Weise ganz massiv nachgeholfen wird. Das verleiht „kulturelle Kompetenz“ und bildet so „die verborgene Voraussetzung jener elementaren Form von Erkenntnis: dem Wieder-Erkennen der eine Epoche, eine Schule oder einen Autor prägenden Stile, und allgemeiner der Vertrautheit mit der immanenten Logik der Werke, die der künstlerische Genuss erheischt“.¹¹

„Die Konfrontation mit einem Kunstwerk hat mithin nichts vom jenem Spontanerlebnis an sich, das man gemeinhin in ihr sehen möchte; wie auch jener Akt der affektiven Verschmelzung, die ‚Einführung‘, einen Erkenntnisakt voraussetzt und die Anwendung eines kognitiven Vermögens, eines kulturellen Codes impliziert. Diese typisch intellektualistische Theorie der Kunstwahrnehmung steht in eklatantem Widerspruch zur Erfahrung des die Definition legitimer Kunst blindlings folgenden Kunstliebhabers, denn in der Tat leistet die durch einen unmerklichen, steten Prozeß der Vertrautheit im Schoß der Familie garantierte Aneignung von legitimer Kultur einer gleichsam magischen Erfahrung von Kultur und zwangsläufig damit einem Vergessen des Aneignungsprozesses Vorschub. Das ‚Auge‘ ist ein durch Erziehung reproduziertes Produkt der Geschichte.“¹²

Moderne Kunst – nur genießbar mit kultureller Kompetenz

Bourdieu weist darauf hin, dass ein Zusammenhang besteht zwischen der modernen Kunst, dieser Art, sich Kunst anzueignen, und der Ideologie, mit der der

Aneignungsprozess verschleiert wird. „Der ‚reine‘ Blick ist eine geschichtliche Erfindung; sie korreliert mit dem Auftreten eines autonomen künstlerischen Produktionsfeldes, dem es gelingt, in der Produktion wie Konsumtion seiner Erzeugnisse die eigenen Normen durchzusetzen. ... Die Autonomie der Produktion postulieren, heißt dem den Vorrang einräumen, worin der Künstler Meister ist: der Form, dem Stil, der Manier, und eben nicht dem ‚Inhalt‘, diesem äußerlichen Referenten, der zwangsläufig die Unterwerfung unter Funktionen mit sich bringt – sei es auch die elementarste: darstellen, bedeuten, aussagen.“¹³

Damit wird Kunst „zu einer die Kunst imitierenden Kunst ... ,die das Prinzip ihrer Experimente wie selbst noch ihrer Brüche mit der Tradition ausschließlich in ihrer eigenen Geschichte findet“. Sie verlangt, nicht auf „dargestellte oder bezeichnete ‚Realität‘, ... sondern auf den Gesamtbereich der vergangenen und gegenwärtigen Kunstwerke“ bezogen zu werden. Wer den dazu erforderlichen „historischen Blick“ nicht hat erwerben können, dem „verschließt sich ... die genuine Wahrnehmung von Kunstwerken, deren Sinn oder besser Wert sich einzig im Kontext der spezifischen Geschichte einer künstlerischen Tradition erschließt.“¹⁴ Moderne Kunst erlaubt damit in optimaler Weise, eine hohe soziale Position zu demonstrieren. Der naive Versuch, sich über die primitive Zurschaustellung von Luxus von anderen abzuheben, „ist ein Nichts gegenüber der einzigartigen Fähigkeit des ‚reinen Blicks‘, dieser gleichsam schöpferischen Macht, die kraft radikaler, weil scheinbar den ‚Personen‘ selbst immanenter Differenzen vom Gemeinen scheidet.“

Mit Hilfe von Moderner Kunst werden aus Milieus Kasten

Das Werk von Ortega y Gasset¹⁵ zeigt beispielhaft, „in welchem Umfang die charismatische Begabungsideologie Bekräftigung zieht aus der modernen Kunst, die ... ‚wesentlich volksfremd; mehr als das, ... volksfeindlich (ist)‘ sowie aus dem ‚merkwürdigen Effekt‘, den diese hervorruft, indem sie das Publikum, die Masse, in zwei ‚gegensätzliche Gruppen‘, in zwei ‚Kasten‘ trennt: ‚die verstehen‘ und ‚die nicht verstehen‘. ‚Das schließt ein‘, ... ‚dass die einen ein Aufnahmeorgan besitzen, das den anderen offenbar versagt ist; dass es sich um zwei Varietäten der Spezies Mensch handelt. Die neue Kunst ist nicht für jedermann wie die romantische, sie spricht von Anfang an zu einer besonders begabten Minderheit‘. Und die Irritation, die sie bei der Masse hervorruft, die ‚nicht fähig ist, das Sakrament der Kunst zu empfangen‘, schreibt er der Demütigung zu und dem ‚trübe(n) Bewusstsein von Unterlegenheit‘, das diese ‚Kunst der Bevorrechtigten, des Nervenadels, der Instinktaristokratie‘ bewirkt.“¹⁶

Die Methode, sich mit Hilfe moderner

Kunst von niedrigeren Klassen abzuheben, wirkt auf diejenigen zurück, die sie verwenden. „Der reine Blick schließt einen Bruch mit dem alltäglichen Verhalten zur Welt ein, der – einmal die Voraussetzungen seiner Realisierung gegeben – zugleich einen gesellschaftlichen Bruch darstellt. Ortega y Gasset ist durchaus überzeugend, wenn er der modernen Kunst eine systematische Ablehnung alles ‚Menschlichen‘ attestiert, d.h. alles Allgemeinen, Gemeinsamen – im Unterschied zum Ausgezeichneten, Distinguierten –, mithin Ablehnung aller Leidenschaften, Gefühle, Empfindungen, mit denen sich die ‚gewöhnlichen‘ Menschen in ihrem ‚gewöhnlichen‘ Dasein herumschlagen.“¹⁷ „Verständlich, dass die Teilnahmslosigkeit des reinen Blicks nicht zu trennen ist von einer generellen Haltung zur Welt, die als paradoxes Produkt der Konditionierung durch negative, nämlich fehlende elementare ökonomische Zwänge und Notwendigkeiten der Distanzierung gegenüber dieser Sphäre von Zwang und Notwendigkeit Vorschub leistet.“¹⁸

Klassifizierung des eigenen Lebensstils durch Stilisierung des Lebens

„Bietet Kunst sich offenkundig der ästhetischen Einstellung als Anwendungsfeld par excellence dar, so ist doch gleichwohl nicht zu verkennen, dass im Grunde kein Bereich der Praxis sich gegenüber der Intention einer Verfeinerung und Sublimierung der elementaren Triebe und Bedürfnisse verschließen kann, dass mithin kein Bereich existiert, in dem die Stilisierung des Lebens, d.h. die Setzung des Primats der Form gegenüber der Funktion, der Modalitäten (und Manieren) gegenüber der Substanz, nicht die gleichen Auswirkungen zeitigte. Nichts hebt stärker ab, klassifiziert nachdrücklicher, ist distinktiver als das Vermögen, beliebige oder gar ‚vulgäre‘ (weil oft zu ästhetischen Zwecken vom ‚Vulgären‘ angeeignete) Objekte zu ästhetisieren, als die Fähigkeit, in den gewöhnlichsten Entscheidungen des Alltags – dort, wo es um Küche, Kleidung oder Inneneinrichtung geht – und in vollkommener Umkehrung der populären Einstellung die Prinzipien einer ‚reinen‘ Ästhetik spielen zu lassen.“¹⁹

Merkmale einer Ästhetik der unteren Klassen

Ortega y Gasset hat bei der Beschreibung der Wirkung von moderner Kunst indirekt auch eine Beschreibung der Ästhetik der unteren Klassen geliefert: „Das ‚Menschliche‘ verwerfen, das heißt offensichtlich verwerfen, was allgemein, will heißen, gemein, ‚leicht‘ und unmittelbar zugänglich ist, in erster Linie all das, wodurch das ästhetische Tier auf pure Tierheit, auf Sinnenlust und sinnliche Begierde erniedrigt wird; bedeutet dem Interesse für das Inhaltliche der Darstellung, das dazu verleitet, schön die Darstellung von schönen Dingen und zumal solchen

zu nennen, die unmittelbar die Sinne und Empfindungsvermögen ansprechen, Indifferenz und Distanz gegenüberstellen, die verbieten, das Urteil über die Darstellung von der Natur des Dargestellten abhängig zu machen.“²⁰ Bourdieu fasst diese indirekte Beschreibung positiv zusammen: „Tatsächlich scheint alles dafür zu sprechen, dass die ‚populäre Ästhetik‘ ... auf dem Postulat eines bruchlosen Zusammenhangs von Kunst und Leben gründet, das die Unterordnung der Form unter die Funktion beinhaltet.“²¹

So „verschafft das populäre Spektakel ... die individuelle Teilnahme des Zuschauers am Stück wie die kollektive Teilnahme am Fest, zu dem das Stück Anlass ist. Tatsächlich stellen Zirkus und melodramatisches Boulevardstück (reaktualisiert in bestimmten sportlichen Darbietungen wie Catch oder, in geringerem Grad, Boxen sowie allen vom Fernsehen ausgestrahlten Gruppen- und Mannschaftsspielen) ‚populärere‘ Formen als Tanz und Theater ... dar, ... weil sie (wie alle Formen des Komischen und insbesondere solche, deren Wirkung sich der Parodie oder Satire auf ‚Berühmtheiten‘ – Imitatoren, Sänger, etc. – verdankt) mittels der kollektiven Manifestationen und Äußerungen, die sie provozieren, so gut wie durch den spektakulären Prunk, den sie entfalten (denken wir an das Variété, an Operette oder die großen Ausstattungsfilme), d.h. den Zauber und Glanz des Dekors und der Kostüme, die Beschwingtheit der Musik, die lebhafteste Handlung und den Feuereifer der Akteure, Geschmack und Sinne am Fest befriedigen, am offenen Drauflos-Reden und am offenen Gelächter, die befreien, indem sie die soziale Welt auf den Kopf stellen, indem sie Konventionen, Anstand und Sitte, für Momente außer Kraft setzen.“²²

In Abgrenzung zu Kant²³ formuliert Bourdieu ein weiteres Merkmal einer Ästhetik der unteren Klassen: „Populäre Urteile über Photographie wie Malerei gründen in einer der Kantischen diametral entgegengesetzten ‚Ästhetik‘ (die letzten Endes ein Ethos ist). Sucht Kant in seinem Bemühen, die Besonderheit des ästhetischen Urteils begrifflich zu fassen, akribisch zwischen dem, was ‚gefällt‘, und dem, was ‚vergnügt‘, zu trennen, und allgemeiner zwischen dem Interesselosen als dem einzigen Bürgen für die eigentliche ästhetische Beschaffenheit der Anschauung und dem Interesse der Vernunft, das das Gute definiert, so bekunden sich in den Urteilen derer, die aus den populären Schichten stammen und die von jedem Bild erwarten, dass es eine Funktion erfüllt, sei es nur die eines Zeichens, der häufig noch ausdrückliche Bezug auf die Normen der Moral oder des Vergnügens. Ob Tadel oder Lob: ihre Wertung greift stets auf ein ethisch fundiertes Normensystem zurück.“²⁴

Bourdieu warnt vor zwei Gefahren bei der Behandlung der populären Ästhetik: „Die Versuchung, den objektiv ästhetischen Stellungnahmen der unteren Klas-

sen die Kohärenz einer systematischen Ästhetik zu unterscheiden, ist nicht minder gefährlich als die Neigung, sich – gar noch unbewusst – die aller Ästhetik der Gebildeten zugrundeliegende rein negativ gefärbte Anschauung von der ästhetischen Sicht dieser Klassen aufdrängen zu lassen.“²⁵

Einige Schlussfolgerungen

Bei dem Versuch, aus der Analyse Bourdieus Schlussfolgerungen für das Kunst-Schaffen zu ziehen, ist Vorsicht geboten. Kunst lebt ganz stark durch viele individuelle Ansätze – Überlegungen dazu sind daher sehr persönlicher Art mit teilweise assoziativem Charakter. Bei den fast 25 Jahren, die seit dem Erscheinen von Bourdieus Werk vergangen sind, handelt es sich zudem um einen Zeitraum, in dem sich einiges verändert hat. So ist z.B. unverkennbar, dass die Moderne Kunst inzwischen an einem toten Punkt angelangt ist, wo auch deren Anhänger nicht mehr wissen, wie sie noch weiter entwickelt werden kann. Zumindest in der Bildenden Kunst gibt es derzeit eine Tendenz zurück zum Inhalt. Bourdieu hat gezeigt, dass Künstler kein schlechtes Gewissen haben müssen, wenn sie Werke mit Bedeutung schaffen.

Das Leitbild einer autonomen und scheinbar funktionslosen Kunst, die nur formalen Kriterien verpflichtet ist, verschleiert, dass Moderne Kunst die Funktion hat, Herrschaft zu demonstrieren. Bourdieu hat überzeugend nachgewiesen, dass die mit diesem Leitbild propagierte Selbständigkeit des Künstlers dessen völlige Reduzierung auf die Bedürfnisse einer herrschenden Schicht bedeutet, die sich als „Elite“ vom Rest der Bevölkerung abkapseln will. Herrschaftskunst wird zwar sehr gut bezahlt – aber ist es das wirklich wert? Gerade Künstler, die in ihren Werken nicht abhängig sein wollen, müssen sich überlegen, ob es nicht konsequenter ist, für die Abschaffung von Herrschaft einzutreten, anstatt sich von der Anerkennung der Herrschenden abhängig zu machen.

Weitere Konsequenzen aus Bourdieus Analyse ergeben sich für eine Kunst, die einer politischen Strömung nahe steht, die sich sozialem und solidarischem Handeln verpflichtet fühlt²⁶. Sie muss auch den unteren Klassen den Zugang ermöglichen, da man nicht mit Menschen solidarisch sein kann, auf die man von oben herab sieht. Dazu muss sich eine derartige Kunst nicht auf ein Niveau herab begeben, dass wirklich jedes Werk von allen sofort und womöglich noch ohne Nachdenken verstanden wird. Es müssten aber immerhin einige Elemente populärer Ästhetik integriert werden, damit jeder mit einem Kunstwerk zumindest so viel anfangen kann, dass ein Anreiz besteht, sich weiter damit zu beschäftigen. Dass unterschiedliche Menschen aus einem Werk unterschiedlich hohen Nutzen ziehen, ist wohl unvermeidbar.

Die Errungenschaft Moderner Kunst,

kulturell gebildeten Betrachtern Kunstgenuss dadurch zu verschaffen, dass sich Kunstwerke mit der Geschichte der Kunst auseinandersetzen, muss eigentlich nicht verworfen werden. Eine Rückkehr zum Inhalt würde den Rückblick auf ältere Kunstformen sogar von dem penetranten Zwang befreien, die Kunstgeschichte so darstellen (bzw. zurechtzulegen) zu müssen, als sei jede bedeutende frühere Kunstströmung im Grunde ein Vorläufer der Modernen Kunst. Wenn ein Kunstwerk sich nicht nur formal, sondern auch inhaltlich mit der Kunstgeschichte auseinandersetzt, ist es sogar imstande, neben ästhetischen auch intellektuellen Bedürfnissen zu genügen.

Es wäre wohl verfehlt, Moderne Kunst deshalb zu kritisieren, weil sie Menschen mit hohem kulturellen Kapital ein „magisches Erlebnis“ verschafft. Das Problem ist doch eher, dass anderen dieses Erlebnis vorenthalten wird. Kunstgenuss sollte kein Privileg von Reichen mit reichen Vorfahren sein. Eine Partei wie die PDS kann daran – auch wenn es mühsam und langwierig ist – etwas ändern, wenn sie Anstrengungen unternimmt, kulturelles Kapital auch im Bereich der Kunst zu vermitteln. Ein Schritt in diese Richtung hat z.B. die PDS in München unternommen, wo mittlerweile sowohl im PDS-Büro wie auch im PDS-Fraktionsbüro im Rathaus die Möglichkeit zum Aufhängen von Bildern besteht.

- 1 Zur Kunstphilosophie von Friedrich Schiller (1759–1805) siehe Politische Berichte 13/2002, S. 23.
- 2 deutscher Soziologe, 1927–1998.
- 3 Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Erste Auflage 1987, suhrkamp taschenbuch wissenschaft 658, Originalausgabe „La distinction, Critique sociale du jugement“, Paris 1979.
- 4 Bourdieu hat die französische Gesellschaft untersucht, die Ergebnisse sind aber auch – mit Modifikationen – auf andere Länder übertragbar.
- 5 a.a.O. S. 282f.
- 6 a.a.O. S. 285f.
- 7 a.a.O. S. 285.
- 8 ausdrücklich a.a.O. S. 20, Fußnote 3.
- 9 a.a.O. S. 18.
- 10 a.a.O. S. 17.
- 11 a.a.O. S. 18f.
- 12 a.a.O. S. 20f.
- 13 a.a.O. S. 21f.
- 14 a.a.O. S. 22.
- 15 spanischer Kulturphilosoph, Essayist und Soziologe, 1883 – 1855.
- 16 a.a.O. S. 61.
- 17 a.a.O. S. 23.
- 18 a.a.O. S. 24f.
- 19 a.a.O. S. 25.
- 20 a.a.O. S. 63.
- 21 a.a.O. S. 23.
- 22 a.a.O. S. 67.
- 23 Zur Kunstphilosophie von Immanuel Kant (1724–1804) siehe Politische Berichte 13/2002, S. 22f.
- 24 a.a.O. S. 23f.
- 25 a.a.O. S. 63.
- 26 Die Kunst der späten DDR (etwa ab Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts) scheint z.T. zu ähnlichen Ergebnissen gekommen zu sein – sie hat aber sich von ihrer Rolle als Staatskunst nie ganz lösen können.

Zu Peter Glotz' „Die Vertreibung – Böhmen als Lehrstück“

Nationalismuskritik auf Deutsch

Peter Glotz' *Die Vertreibung, Böhmen als Lehrstück* ist im Juli 2003 bei Ullstein erschienen, umfasst 280 Seiten, kostet 22 Euro und begründet eine politische Strategie, die eine spezifische Art von Kampf gegen den Nationalismus als Kernstück deutscher Außenpolitik benennt. Denn aus dem Nationalismus folge die Verfeinerung, und die Verfeinerung führe zum politischen Verbrechen. Der Text ist eine Legitimationslegende der Kampagne für ein in Berlin zu stationierendes „Zentrum gegen Vertreibungen“. Der schwere Rückschlag, den diese Kampagne jüngst erlitten hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich hier zum ersten Mal in der Geschichte der BRD eine Strategie zur Revision der Ergebnisse des 1. und des 2. Weltkrieges mit überparteilichem Anspruch in aller Öffentlichkeit fixiert hat. Dieser Strategie und Bewegung schreibt Glotz eine Legitimationslegende, die, im Gewand der Nationalismuskritik eingekleidet, in den nahen Nachbarländern der BRD als existenziell bedrohlich aufgefasst wird. Glotz sagt selbst, er habe nicht eine historische Arbeit, sondern ein politisches Buch schreiben wollen. Dennoch bewertet das Werk praktisch alle Ereignisse und Personen, die im deutsch-tschechischen Verhältnis seit 1848 wirkten.

Ein „politisches Buch“?

Was klassifizierbare Interessen mit handlungsleitenden Ideologien zu tun haben, ist schwer zu ermitteln. Hängt das Interesse der deutschen Wirtschaft an einer Vorzugsstellung auf den Waren-, Kapital und Arbeitsmärkten der Nachbarn im Osten mit dem Wechsel der Perspektive zusammen, der beim Blick auf die Geschichte gesucht wird? Wie hängt es zusammen? Man hat oft vermutet, dass die wirtschaftlich Mächtigen die Bildner der öffentlichen Meinung direkt bezahlen. Der Vorwurf führt von der Problematik weg. Denn wirkungsmächtige Publizisten wirken stark, soweit das Publikum ihre Texte als sinnstiftend begreift. Sinnstiftend wirkt, was Personen ermöglicht, ihr Leben einzurichten und zu planen. Glotz wählt dementsprechend den eigenen biografischen Hintergrund als Ausgangspunkt. Seine Familie lebte in Eger. Seine Mutter war tschechischer Nationalität. Er erinnert sich an die Flucht. Das Buch beginnt mit einem rhetorischen

Faksimile:

Wie Kommunikationswissenschaftler Glotz mit Zitaten arbeitet.

Glitz ist es wichtig, das tschechische Nationalgefühl in den Augen deutscher Leser vor allem aus dem Spektrum der Linken zu diffamieren. Zu diesem Zweck eignet sich nichts besser als der Nachweis des Antisemitismus und Rassismus.

Glitz' grob verzeichnende Darstellung des Verhältnisses der Tschechischen Republik zu den Juden werden wir in einer der nächsten Ausgaben zu-rechtzurücken versuchen. Bei dem nebenstehenden Faksimile geht es um das Verhältnis zu den Roma.

Wie nirgendwo bestritten wird, stellte die Besiedlung der nach dem Abschub verödeten Landstriche die Tschechoslowakische Republik oft vor-erhebliche Probleme, mit deren Schilderung sich Vertriebenenfunktionäre gerne aufhalten.

Im Zusammenhang der Neubesiedlung bringt Glitz ein wiederum nicht nachgewiesenes Zitat aus einer Zeitung („*Stráž severu*“ – „Wache des Nordens“), die sich anlässlich des Zuzugs von „Zigeunern“ sehr abfällig geäußert haben soll. Seine eigene Einleitung stimmt den Leser bereits auf die Abwertung ein: „Sogar Roma“! Die harte Drecksarbeit der Diffamierung überlässt er dann „*Stráž severu*“. Das Zitat wird nicht nachgewiesen, qualifiziert oder gar kritisiert.

Damit gilt es dem Leser als typisch und weist den Rassismus der tschechischen Seite und die Minderwertigkeit der „Zigeuner“ nach.

dem Prinzip »Quantität vor Qualität« vorgehen. So mischten sich Goldgräber (zlatokopcové) unter die Bauern oder Geschäftsleute, also Glücksritter, die Beute machten und sich so schnell wie möglich wieder ins Landesinnere zurückzogen. Viele der Nationalverwalter hatten nicht genug Erfahrung, um einen eigenen Hof zu bewirtschaften, und nicht genug Kredit, um ein Geschäft wiederaufzubauen.

Die meisten Neusiedler waren Tschechen. Man holte aber auch landlose Slowaken und slowakische Magyaren. Sogar Roma – insgesamt knapp 20 000 – wurden angeworben. Das führte rasch zu harten sozialen Konflikten, zum Beispiel in Städten wie Eger und Reichenberg. Ende 1946 schrieb die Reichenberger Zeitung *Stráž severu*: »Der Zigeuner bleibt Zigeuner, mit allen Fehlern, mit der Neigung zum Lügen und damit selbstverständlich auch mit der Neigung zum bequemen Leben in der Natur, wo er sich alles nehmen kann und damit zum Dieb wird. Der Zigeuner weiß gar nicht, dass er stiehlt, wenn er das Zigeunerlager im Wald mit fremdem Holz heizt, Schlingen stellt, wenn Mutige sogar wildern. Ihre Geschäfte sind immer unehrlich, es sind Nomaden im reinsten Sinn des Wortes, und sie werden deshalb – bis auf ehrenvolle Ausnahmen, die die Regel bestätigen – niemals ein Beitrag für den Arbeitsmarkt sein.«

Beneš hatte die Neubesiedlung in die Hand der Kommunisten gelegt; sowohl der Landwirtschafts- als auch der Innenminister waren Kommunisten. Das schlug natürlich auf die Administra-

Ausschnitt aus Glitz' Buch, S. 237

Kunstgriff: „Ich hatte Glück.“ Das beansprucht die Position eines Zeugen, und dann wird im Brustton der Authentizität von grauenhaften Ereignissen geredet, die Glitz, der ja Glück hatte, nicht erlebt, sondern gehört hat.

Wenn es nötig wird, grauenhafte Ereignisse aufzuarbeiten, steht die wissenschaftliche Methode zur Verfügung. Da geht es dann um Belege, Nachweise, nachvollziehbare Schlüsse, d.h. um die Einhaltung von Prozeduren, die zu einem Ergebnis führen, das in diesem, wissenschaftlichen, Sinne „wahr“ oder, wie man modern gern sagt, „belastbar“ ist, über das nachgedacht werden kann. Anders arbeitet das von Glitz so bezeichnete „politische Buch“. Hier geht es immer wieder darum, die Emotion der Lesenden unmittelbar anzusprechen und diese in Schrecken zu versetzen. Das erregte Grauen bereitet der Ausdeutung des Kommentators den Boden im Gemüt des Lesers.

Glitz, viele Jahre lang Berufspolitiker der SPD, ist inzwischen Professor für Kommunikationswissenschaften in St. Gallen (Ostschweiz). Man muss nicht gelehrt sein, um auf solche Weise Propaganda zu treiben. Aber ein Kommunikationswissenschaftler kann zu einem solchen Verfahren nicht instinktiv, grausam naiv greifen. Er muss wissen, was er tut.

In diesem Buch wird nicht ein einziges Zitat korrekt nachgewiesen, und das, obwohl die tragenden Teile der Textmasse

aus Zitaten bestehen. Die Zitate reihen sich, vergleichbar Filmausschnitten, zu denen jemand aus dem Hintergrund einen Kommentar spricht.

Ob die Zitierten in dem unterlegten Sinn gesprochen haben, ob die Tatsachen, von denen sie berichten, zutreffen, ob die Zitate überhaupt auffindbar sind, das sind Fragen, die auszuhalten hat, wer Zitate verwendet. Der gute Brauch unterscheidet rational Diskutierende und Argumentierende vom Propheten, der im Namen eines höheren Allwissens auftritt. Besonders ärgerlich ist, dass Glitz seinem Werk, einfach weil er berufener Professor ist, eine wissenschaftliche Qualität mitgibt. Was er dort zitiert und fabuliert, wird als wissenschaftlich gesichert in die breite Diskussion einfließen. Er setzt einen bösen Standard für die von ihm kreierte Textsorte „Politisches Buch“.

Was meint „Verfeindung“

Als politikwissenschaftliches Buch darf das Werk also nicht verstanden werden. Was ist es dann? Am ehesten eine Lebenslehre, wie sie von Theologen gegeben wird. Dazu passt auch der Zentralbegriff der „Verfeindung“ der Nationalitäten, aus der sich die Schrecken der Geschichte ergeben hätten. Feind und Verfeindung sind Worte, die lawinenartig Assoziationen auslösen. Es wäre der Mühe wert gewesen, bei einem so zentral verwendeten Begriff auszuführen, welche Art von Gegensatz damit gemeint wird. Glitz

sagt es seinen Lesern nicht. Einen ganz brauchbaren Hinweis gibt das umfangreiche Grimmsche Wörterbuch mit dem folgenden Verwendungsbeispiel:

„die aber mich verfeinden fingen an: dasz der noch leben kann?

Wann wird es dann, dasz dieser Mensch verdirbt?

(Opitz) (Band 25, V-Verwunzen, S. 326).

Die mich „verfeinden“, wollen mich nicht leben lassen und wünschen mein Verderben. War das etwa die Stimmung und Meinung zwischen den Nationalitäten der tschechoslowakischen Republik? Das kann nicht behauptet werden. Allerdings findet sich eine solche Stimmung und Absicht in Deutschland, in den großdeutsch-völkischen Zirkeln, aus denen die Nazi-Partei entsteht. Sie tritt ideologie- und hassbildend in der Massenpropaganda von Rassenkampf und Herrenvolk nach außen. Sie wird handlungsleitend in den inneren Zirkeln. Das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal wird nachweisen, wie die Nazi-Regierung heimtückisch den Plan der Okkupation der damaligen Tschechoslowakei sowie Polens, der Knechtung, Ausbeutung und perspektivischen Vernichtung der Bewohner nicht-deutscher Nationalität betrieb.

Die Expansion des 3. Reichs ...

Für die Strategiebildung der Nazis spielten die Differenzen, die es zwischen den Nationalitäten in den Beuteländern ge-

ben mochte, keine ausschlaggebende Rolle, es waren taktische Bedingungen ihres Handelns, das jedoch nicht aus irgendeinem feindseligen Verhalten ihrer Opfer begründet war, sondern aus dem Anspruch der Herrenrasse auf Herrschaft. Es steht einwandfrei fest, dass die Tschechoslowakei keineswegs einem Bürgerkrieg zum Opfer fiel, sondern einem Angriff einer fremden, auswärtigen Macht. Die Tschechoslowakei konnte diesem Angriff auch keineswegs durch ein irgendwie mögliches Verhalten entgehen. Sie stand den Plänen Großdeutschlands schlicht im Wege.

Es waren nicht Vorgänge im Zusammenleben der Nationalitäten in der vormaligen Tschechoslowakei, die die Situation in Europa so nachhaltig veränderten. Das behauptete Hitler mit dem Ziel, die Weltöffentlichkeit zu täuschen. Wenn Glotz die Reibereien der Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Republik hochtrabend als Verfeindungen bezeichnet und so tut, als seien sie Auslöser des 2. Weltkriegs gewesen, bleibt er im Schatten der Lüge Hitlers.

... macht deutsche Minderheiten zu Reichsdeutschen

Allerdings hatte die Politik des 3. Reichs Folgen für das Zusammenleben der Nationalitäten im östlichen Europa. Im Zuge der Eroberungen hatten die Menschen deutscher Nationalität die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Sie begriffen sich fortan nicht mehr als Minderheit, sondern als deutsche Staatsangehörige. Das blieb in ihrem kulturellen Bewusstsein tief eingegraben und prägte ihre politischen Bekundungen (übrigens bis heute). Wäre es möglich gewesen, diese auf das Reich hin orientierten Massen neuerlich an den Status einer Minderheit in der Tschechoslowakei, in Polen und anderswo zu gewöhnen? Der bis heute andauernde Strom der Aussiedler lässt etwas anderes vermuten.

Sicher ist, dass die Siegermächte entschieden, die Entwicklung der Nachkriegsgesellschaften (übrigens auch des in Zonen geteilten Deutschlands) nicht mit diesem Problem zu belasten und die gefährliche und konfliktträchtige Situation dadurch zu entschärfen, dass sie dem besetzten Deutschen Reich die Verpflichtung auferlegten, die Minderheiten, die das Reich zu deutschen Staatsbürgern gemacht hatte, nun aufzunehmen.

Ganz im Kontrast zu der Vernichtungspolitik des 3. Reichs plante man aber nicht, Deutschland aufzuheben, die Deutschen „umzuvoßen“ oder sonst wie zu vernichten (nur die Nazi-Propaganda, von sich auf andere schließend, sah eine solche Zukunft).

Allerdings zeigen die Beschlüsse namentlich der Konferenz von Potsdam das Bestreben, den Ansprüchen deutscher Staatspolitik eine Grenze zu ziehen. Der Stoß richtete sich gegen das Wiederaufleben großdeutscher Politik. In diesen Zusammenhang gehört zum Beispiel das Verbot, durch Anschluss Österreichs neuerlich einen großdeutschen Block aufzurichten.

Großdeutsche Politik ist nach der Lage der Dinge keineswegs eine Angelegenheit, die vor allem die Deutschen betrifft. Sie betrifft die Nachbarländer Deutschlands, am härtesten die östlichen. Großdeutsche Politik ist als nationalistische Politik nur unzureichend gekennzeichnet. Sie fordert für die deutsche Nation gegenüber anderen eine beherrschende Stellung ein. Großdeutsche Politik wurde mit dem Rassewahn der Nazis verbunden. Großdeutsche Politik hatte sich als Vernichtungspolitik entpuppt, und die deutschen Minderheiten hatten sich zu Anhängern des großdeutschen 3. Reichs entwickelt. Die anderen Nationalitäten, die in der Tschechoslowakei lebten, waren von dessen Politik zur Auslöschung bestimmt.

Der tschechische Nationalismus hingegen hatte seine Begründung in der Forderung nach Selbstregierung. Einen Plan, die deutsche Minderheit von der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten auszuschließen, gab es nicht. Ganz zu schweigen etwa von einer groß-tschechischen Politik, die auf die Regierung Deutschlands oder wenigstens Österreichs durch Tschechen gezielt hätte.

Zweifelloos war die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei mit ihrem Status unzufrieden, und zweifelloos konnte sie für diese Unzufriedenheit auch Gründe anführen. Aber Vorfälle, aus denen sich ableiten ließe, dass diese nationalen Differenzen und Reibereien nicht innerhalb jenes demokratischen Staatswesens sich hätten klären lassen, gibt es kaum. Der Ausgangspunkt des Unglücks bestand nicht – wie Glotz lehrt und meint – in jenen Differenzen zwischen Nationalitäten, sondern in der Politik der Nazis.

Glotz gefährliches Fehlurteil ...

Die falsche Beurteilung der Geschichte durch Glotz ist gefährlich, weil sie zur Wahl einer falschen Strategie bei der Gestaltung der heutigen deutsch-tschechischen Beziehungen führt:

Ist der Ausgangspunkt die Verfeindung von Nationalitäten, dann hilft Minderheitenschutz, am besten international garantiert. Aussiedlung verletzt die Rechte von Minderheiten, wie es stärker nur bei direktem Völkermord gegeben

wäre. Sittliche und rechtliche Sicherheit kann es nicht geben, solange diese Tat im Raume steht. Nur die Wiedereinsetzung der Minderheit in ihre alten Rechte leistet Abhilfe.

Ist hingegen die großdeutsche Politik des Reiches der Ausgangspunkt, kommt es darauf an, dass hier, in dem politischen System der BRD, eine scharfe und eindeutige Trennlinie zu aus der Geschichte überkommenen großdeutschen Optionen gezogen wird. Die wirklich allererste Voraussetzung dafür wäre wiederum, dass der deutsche Staat feierlich darauf verzichtete, international als Sachwalter der Menschen deutscher Zunge aufzutreten. Ein möglicher Einstieg in eine solche Politik wäre dann eine umfassende Absage an das Münchner Abkommen, das den Moment der Wandlung jener Minderheit in einen Bestandteil Großdeutschlands datierbar macht. Es ist wohl nicht abzustreiten, dass die großdeutsche Politik damals den Minderheitenstatus der tschechoslowakischen Bürger deutscher Nationalität aufgehoben hat, wobei sie deren Zustimmung fand.

... dient einer gefährlichen politischen Strategie

Als langjähriger politischer Praktiker hat Glotz seine Kommunikationsstrategie geschickt ausgespannt. Kritik am Nationalismus kann von Linken geführt werden, sie hat es dann in der BRD mit dem Komplex der Leitkultur zu tun und mit hegemonialer, imperialistischer Expansion. Sie kann von rechts geführt werden, dann kann sie alles zum Gegenstand haben, was deutschen Interessen irgendwo auf der Welt im Wege steht. In der Kampagne für ein in Berlin stationiertes Zentrum gegen Vertreibungen ist es mit dieser Strategie in einem ersten Schritt prompt gelungen, parteiübergreifende Zustimmung oder wenigstens Duldung des Projektes zu erreichen. (Sogar Teile der PDS lehnten das Projekt nicht ab, sondern enthielten sich.) Das einstweilige Scheitern des Vorhabens ergab sich erst aus den lebhaften Protesten, die der Plan in Polen und in Tschechien auslöste.

Soll man diese Proteste als ein weiteres Beispiel für den Nationalismus der Polen und Tschechen halten, als Beginn einer neuerlichen Verfeindungs? Oder soll man das Projekt des Zentrums gegen Vertreibungen für ein Mittel großdeutscher Politik ansehen, das unter dem Deckmantel einer allgemeinen Kritik von Vertreibungen die Entwicklung deutscher Minderheiten in den Nachbarländern begünstigen möchte? Minderheiten, die von vorneherein als Teil der BRD-Gesellschaft, des Staates, der Wirtschaft sich verstehen und funktionieren würden.

Das regt die Nachbarn auf. Das sollte auch hier zu einiger Aufregung führen, aber nicht – bitte nicht! – über den Nationalismus anderswo.

Martin Fochler



PETER GLOTZ, geboren 1939 in Eger (Cheb), heute Professor für Kommunikationswissenschaft im schweizerischen St. Gallen, war 26 Jahre lang sozialdemokratischer Berufspolitiker, unter anderem Präsident der Kultusministerkonferenz (1980) und Bundesgeschäftsführer der SPD (1981–1987). Er war viele Jahre Vorsitzender der Deutsch-Tschechoslowakischen Parlamentariergruppe, 1992 Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Deutsch-Tschechischen Vertrag und 2002 Vertreter der Deutschen Bundesregierung im Europäischen Konvent. Er ist einer der Vorsitzenden der Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen«. Peter Glotz hat 25 Bücher veröffentlicht, darunter *Manifest für eine europäische Linke* (1984) und *Der Irrweg des Nationalstaats* (1990).

führer der SPD (1981–1987). Er war viele Jahre Vorsitzender der Deutsch-Tschechoslowakischen Parlamentariergruppe, 1992 Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Deutsch-Tschechischen Vertrag und 2002 Vertreter der Deutschen Bundesregierung im Europäischen Konvent. Er ist einer

der Vorsitzenden der Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen«. Peter Glotz hat 25 Bücher veröffentlicht, darunter *Manifest für eine europäische Linke* (1984) und *Der Irrweg des Nationalstaats* (1990).

Klappentext

Ab 27. November, Berlin: Ausstellung Seelenbilder – Kunst aus dem Knast. Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring Platz 1, 10243 Berlin

28. November, Dresden: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen

29. November, Ingolstadt: Landesparteitag PDS Bayern

30. November, Hamburg: Landesmitgliederversammlung der PDS HH

1./2. Dezember, Leipzig: CDU-Parteitag

5./6. Dezember, Berlin: 9. Kongress „Armut und Gesundheit“ mit dem Schwerpunktthema „Strategien der Gesundheitsförderung“. In der Einladung heißt es: Armut macht krank! Mindestens jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm. Damit trägt jeder zehnte Mensch erhöhte gesundheitliche Risiken: Arme Menschen haben eine etwa sieben Jahre kürzere Lebenserwartung. Die Wahrscheinlichkeit, schwer zu erkranken, zu verunfallen oder von Gewalt betroffen zu sein, ist für sie mindestens doppelt so hoch wie bei reichen Menschen. Doch auch arme Menschen haben Rechte und Chancen zu Gesundheit: Sie müssen gestärkt werden in ihren Möglichkeiten, Belastungen zu bewältigen und Gesundheit zu fördern, dort wo sie konkret leben. Sie brauchen Hilfe und Zugänge, um ihre eigenen Gesundheitspotenziale entfalten zu können! Der 9. Kongress Armut und Gesundheit steht unter dem Motto „Strategien der Gesundheitsförderung – Wie kann die Gesundheit von Menschen in schwierigen Lebenslagen nachhaltig verbessert werden?“. Auf dem Kongress werden erfolgreiche Konzepte, die in verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt wurden, vorgestellt und auf die Möglichkeit einer breiteren Anwendbarkeit hin untersucht. Insbesondere sollen Ansätze und Ideen formuliert werden für ...

- Strategien der Gesundheitsförderung zum Abbau sozial bedingt ungleicher Gesundheitschancen,
- Zielgenauigkeit kurativer Versorgungsansätze,
- Ansätze für eine integrative, sozial orientierte Gesamtpolitik.

6./7. Dezember, Kassel. Perspektiven einer friedlichen Welt. 10. Friedenspolitischer Ratschlag mit Vertretern der europäischen und amerikanischen Friedensbewegung, u.a. mit Peter Strutyński (Uni Kassel), Prof. Arno Klönne (Paderborn), Francis Wurtz (Europäisches Parlament), Eva-Maria Stange (GEW), Lühr Henken (Hamburger Forum), Tobias Pflüger (IMI), Heinz Loquai (Meckenheim), Ulrich Brand (Kassel). Vorträge, Foren und Arbeitsgruppen u.a. zu den Themen US- und EU-Imperialismus, Entmilitarisierung Europas, Abrüstung statt Sozialabbau, Medien als Wegbereiter von Kriegen, Münchner Sicherheitskonferenz – ein Fall für die Friedensbewegung? Anmeldung/Info: Bundesausschuss Friedensratschlag, c/o DGB Nordhessen, Spohrstr. 6, 34117 Kassel strutype@uni-kassel.de

6. Dezember, Essen: Soziale Demontage, Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte – Möglichkeiten des Widerstands. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. Frida-Levy-Gesamtschule, Klosterstr. 13, 45127 Essen. Informationen & Anmeldung: Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, Siegstr. 15, 47051 Duisburg, tel.: 0203/317739 -2, fax: 0203/317739 -3, www.rls-nrw.de, mail: post@rls-nrw.de – Teilnahmegebühr: 10 , ermäßigt 5 , Arbeitslose 2

2.-4. Januar, Sondershausen: Linke Schule der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS. Anreise am 1.1. abends, Ende 4.1. mittags.

30./31. Januar 2004, Berlin: Europawahlparteitag und VertreterInnenversammlung der PDS

31. Januar 2004, Berlin: „Gewerkschaften in der Krise – wie

weiter?“ Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Anreise am Freitag, 30.1.04. Thema bleibt: „Gewerkschaften in der Krise – wie weiter?“ Hauptreferat von Detlef Henschke, ehem. Vorsitzender der IG Medien.

7. Februar 2004, Fulda: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Sitzung des Arbeitsausschusses, Ort: DGB Jugendbildungsstätte, 10.30 Uhr

3./4. April 2004, Fulda: Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

10./11. Mai 2004, Bonn: Nationaler Städtebaukongress

23. Mai 2004, Bundespräsidentenwahl

13. Juni 2004: Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen.

27. Juni 2004, Kommunalwahl in Thüringen.

Seit dem Jahr 2001 gibt der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung die Reihe „Neue Kritik aus Schule und Hochschule“ heraus und bietet damit eine Möglichkeit, Arbeiten zu veröffentlichen, die im Rahmen einer Schul-, Studien- oder Berufsausbildung, in der Gewerkschaftsjugend oder einem selbstorganisierten Arbeitskreis entstanden sind. Diese Reihe soll er ermöglichen, Ergebnisse von oft recht aufwändiger Recherche und wissenschaftlicher Arbeit, der kritischen Anstrengungen von Autorinnen und Autoren einem breiterem Kreis zugänglich zu machen.

Im September 2003 erschien Heft Nr. 4

Bedeutung des Internet für Subsahara-Afrika. Von Sabine Fastner

Herausgeber: Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung (keV) in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktionsanschrift: Neue Kritik c/o Kurt-Eisner-Verein, Schwanthalerstr. 139 Rgb, 80339 München, eMail: kev@kurt-eisner.de Internet: http://www.kurt-eisner.de Bestelladresse: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 203509 HH gnn-hhsh@hsanet.de, Fax 040-43188821 oder über den Kurt-Eisner-Verein e.V. 3.20 plus Versandkosten

